

***Aufstehen - Dreck abwischen -
Handeln!***

Beschlussbuch

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 25.-26. Juni 2016

Jugendherberge Thale



1	Inhalt	
2		
3	Antragsbereich A - Arbeitsprogramm	
4	A1	
5	Arbeitsprogramm der Jusos Sachsen-Anhalt 2016-2018.....	4
6	Grundkenntnisse der Kinder- und Jugendhilfe in der Lehrer*innenausbildung besser	
7	verankern	16
8	Graduiertenförderung – keine zwei Klassen Stipendien.....	17
9	Erneuerung des Lehramtes	18
10	Aufnahme einer Antirassismus-Klausel in die Landesverfassung	19
11	Einsetzung eines NSU-Untersuchungsausschusses in Sachsen-Anhalt.....	21
12	Kein besonderer Schutz für Staaten und Staatsorgane	22
13	Reform des Mordparagraphen.....	23
14	Massentötung von männlichen Küken beenden	24
15	Tauben sind keine Schädlinge.....	26
16	Tierschutz ist Erziehung zur Menschlichkeit	27
17	Tierversuche beenden!.....	29
18	Bundesweites Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine.....	30
19	Demokratische Jugendarbeit braucht genug Geld	32
20	Schaffung EU-einheitlicher Richtlinie für Verfahren an Gerichten in europäischen Ländern, in	
21	die Kinder involviert sind.....	33
22	Gesetz zur Vorsorge gegen von Hunden ausgehende Gefahr novellieren – Rasselisten dabei	
23	abschaffen.....	34
24	Landeswahlrecht für EU-Bürger*innen öffnen.....	36
25	Für eine lebendige Erinnerungskultur in Sachsen-Anhalt – Gegen das Vergessen	38
26	Anpassung der Renten in Ostdeutschland auf das Niveau in Westdeutschland	40
27	Reproduktionsförderung des Landes weiterentwickeln	42
28	Schutz von minderjährigen Geflüchteten	44
29	Sicherheitskonzept für öffentliche Räume.....	45
30	Studie über die Verhinderung der Freizügigkeit und der beruflichen Entwicklung der Eltern	
31	von Trennungskindern durch die Familiengerichte	46
32	Equal Treatment von Leiharbeiter*innen	47
33	Förderung von gemeinnützigen Applikationen und Programmen.....	48
34	Zertifizierung von Algorithmen – gerecht gerechnet?.....	49
35	Zeit ist Geld, auch für Neueinsteiger*innen.....	50
36	Kostenübernahme von Verhütungsmitteln in Sachsen-Anhalt	51
37	Verstärkter Einsatz von psychologischen Mitarbeiter*innen in Kindertagesstätten.....	53
38	Überarbeitung des Kapazitätsrechts mit dem Ziel der Ausbildung von Mediziner*innen für	
39	Sachsen-Anhalt und andere Regionen mit Ärztemangel.....	54
40	Echte Verringerung von Waffenexporten	55

1	Finanzierung von Fachkräften für soziale Arbeit mit Kindern in Frauenschutzhäuser	56
2	Frauen- und Kinderbeauftragte in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung	57
3	Lebensmittelverschwendung entgegenreten	58
4	Bundesteilhabegesetz novellieren – Ungerechtigkeiten beenden	59
5	Umsetzung von Inklusion im Rahmen der Evaluation des KiFöGs mit betrachten	61
6	Keine Diskriminierung an der Kasse! Tampons sind kein Luxus!	62
7	Einheitliche geschlechtersensible Sprache im Beschlussbuch der Juso-LDK 2016	63
8	Trennung von Ministeramt und Abgeordnetenmandat	64
9	Die SPD – Dein HOTSPOT	65
10	Strategie zum Umgang mit der AFD in Sachsen-Anhalt	66
11	Barrierefreiheit innerhalb der SPD-Partei-Organisation	67
12	Benennung einer/eines Mitgliederbeauftragten auf Landesebene	68
13	Inhalte statt Autoritäten - Begrenzung der Grußworte.....	69
14	Urwahl der/des Kanzlerkandidat*in.....	70
15		

1 Antrag: A1
2
3 Antragssteller: Juso-Landesvorstand
4

5 **Arbeitsprogramm der Jusos Sachsen-Anhalt 2016-2018**

6 7 ***Wir im Jetzt - und immer weiter:***

8 Die Jusos Sachsen-Anhalt verstehen sich als politischer Jugendverband, der mit einer
9 Doppelstrategie eine aktive Rolle in der Gestaltung von Politik und Gesellschaft in Sachsen-
10 Anhalt und darüber hinaus einnimmt. Dabei gilt es für uns zum einen, insbesondere den
11 Interessen junger Menschen, z.B. für gerechte Bildungszugänge, Chancengleichheit,
12 Gleichstellung und die Akzeptanz von Vielfalt, eine starke Stimme zu verleihen und für diese
13 aktiv und auch in Kooperation mit weiteren Akteuren einzutreten. Zum anderen sind wir,
14 auch vor dem Hintergrund der Bedingungen in einem ostdeutschen Flächenland, ebenso ein
15 aktiver Bestandteil der SPD und der hiesigen politischen Landschaft und neben diese Rolle
16 in konstruktiver und engagierter Art und Weise an.

17
18 Zwei Grundprämissen unserer Arbeit sind dabei unverrückbar und universell, die
19 konsequente Absage an Nationalismen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aller
20 Ausformung sowie das Eintreten für Toleranz, Vielfalt und Gerechtigkeit sowie Solidarität und
21 Internationalismus.

22
23 Vor diesem Hintergrund ist klar, dass auch uns als Jusos die mit der Landtagswahl
24 2016 einhergehenden Veränderungen, die einer Zäsur gleichkommen, beschäftigen und dies
25 auch tun müssen. Wir werden uns daher, wie auch in den ersten Wochen und Monaten nach
26 der Wahl, auch weiterhin aktiv in den SPD-internen Prozess der Analyse und Aufarbeitung
27 einbringen und auch unsere eigenen Arbeit kritisch prüfen. Ähnlich wie im Vorfeld der Wahl,
28 als wir als Arbeitsgemeinschaft einen wesentlichen Beitrag zum Programmprozess geliefert
29 haben und viele unsere Themen dort verankern konnten, werden wir auch hierbei aktiv
30 mitwirken und einen inhaltlich akzentuierten Beitrag leisten. Zudem werden wir die
31 Umsetzung unserer im Koalitionsvertrag verankerten Ziele aktiv und kritisch begleiten.
32 Weiteres Element dieser, sich aus dem Wahlergebnis ergebenden Aufgaben ist ein weiterhin
33 konsequentes und deutliches Eintreten gegen Hetze, Ressentiments, Diskriminierung und
34 Hass. Wir werden dabei Seite an Seite mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und politischen
35 Partnern für eine aktive und lebenswerte Gesellschaft eintreten und kein auch noch so
36 kleines Stück von dieser Position abrücken – Kompromisse mit Rechts gibt es für uns nicht.
37 Forderungen in der SPD sich zum Beispiel bei der Asyl- und Flüchtlingspolitik inhaltlich an
38 rechte Parteien anzunähern lehnen wir entschieden ab. Es hat keinen Sinn, eine Mehrheit für
39 die Sozialdemokratie zu erringen, wenn der Preis dafür ist, kein/e Sozialdemokrat*in mehr zu
40 sein.

41
42 Wir nehmen zur Kenntnis, dass die rechtsextreme AfD Sachsen-Anhalt zur zweitstärksten
43 Kraft im Landtag gewählt wurde. Ein Teil des Erfolges ist der Tatsache zuzuschreiben, dass
44 die AfD mit einfachen Antworten auf komplizierte Probleme Werbung gemacht hat. Die Jusos
45 wie die SPD stehen dieser unseriösen Art Politik zu machen entgegen. Wir stehen und
46 werben für eine solidarische, freie und offene Gesellschaft. Wir entziehen uns keiner
47 Diskussionen und hören nicht auf, zu betonen, in welcher Tradition die AfD steht. Dies
48 werden wir nicht nur in Form von Demonstrationen und Gegenprotesten zu AfD-
49 Veranstaltungen tun. Wir werden uns auch in Podiumsdiskussionen oder anderer öffentlicher
50 Debatten mit ihnen auseinander setzen und ihrem menschenverachtenden und
51 rassistischem Programm einen solidarischen Gegenentwurf entgegenstellen. Eine
52 Zusammenarbeit mit der AfD muss kategorisch ausgeschlossen bleiben. Dies erwarten wir
53 darüber hinaus von allen demokratischen Parteien und Organisationen. Soziale Probleme
54 werde nicht mit Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit gelöst. Dies können wir uns weder
55 als Jusos noch als SPD bieten lassen. Für uns gibt es auch weiterhin keine einfachen

1 Antworten auf komplizierte Fragestellungen. Wir müssen uns den Positionen der AfD mit
2 inhaltlichen Entwürfen entgegenstellen. Unsere Alternative heißt Solidarität.
3

4 Für die kommenden zwei Jahre gilt weiterhin, dass wir uns nun noch stärker als in
5 den vergangenen zwei Jahren der Wiederbelebung der Bildungs- und Seminararbeit widmen
6 werden, standen diese doch neben der Einleitung eines Generationenwechsels innerhalb
7 des Juso-Landesvorstandes vor allen Dingen auch im Zeichen der Landtagswahl, was unter
8 anderem einen hohen programmbezogenen Arbeitsaufwand bedingte. Ziele und Potenziale
9 zur innerverbandlichen Weiterentwicklung warten also ganz konkret auf die gemeinsame
10 Umsetzung. Dass dies trotz einer zwar stabilen, aber doch begrenzten Personaldecke
11 weiterhin erfolgreich geschehen kann, erfordert auch zukünftig die Einbindung aller Jusos
12 des Verbandes. Dabei soll auch darauf geachtet werden, die Beteiligungsmöglichkeiten für
13 Jusos in eher personaltechnisch eher dünner besetzten Gebieten weiter zu verbessern und
14 so eine noch aktivere Mitarbeit zu fördern. Diese konsequente Beteiligung der breiten
15 Mitgliedschaft eröffnet auch weiterhin die Chance, den stetigen Generationswechsel, der vor
16 zwei Jahren ein durchaus wirkmächtiger als häufig war, weiter zu führen und somit zu einer
17 verstetigten Weiterentwicklung beizutragen. Zudem gilt, dass für die breite Zusammenarbeit
18 die wechselseitige Kommunikation zwischen Landesebene und der gesamten Mitgliedschaft
19 von hoher Relevanz ist.
20

21 Die unser Handeln leitenden Positionen reichen dabei durchaus auch über die
22 aktuelle Position der SPD hinaus und umfassen immer sowohl konkrete, abgegrenzte
23 Themen als auch weitreichende Visionen von Veränderung. Diese Positionen finden und
24 entwickeln wir im Rahmen einer offenen Debattenkultur, in der Akzeptanz und Toleranz
25 stärker sind als Vorurteile. Dass diese eben keine Dogmen sind, sondern überwunden
26 werden können und müssen, können wir dabei auch im eigenen Verband als sehr positiven
27 Prozess erleben. So fand zum Beispiel in den letzten zwei Jahren eine deutliche Wandlung
28 im Verhältnis der beiden großen Stadtverbände statt, was sich unter anderem in einem
29 Schub für die Arbeit der Landesarbeitskreise und einer spürbar besseren Koordination bei
30 der innerparteilichen Vertretung von Juso-Positionen ausdrückt und somit einen deutlichen
31 Mehrwert darstellt.
32

33 ***Hauptteil – Arbeitsverständnis des Juso-Landesvorstandes/-Verbandes***

34 **Arbeit und Aufgaben des Juso-Landesvorstandes**

35 Der Juso-Landesvorstand plant und koordiniert die politische Tätigkeit des Landesverbandes
36 und entwickelt und vertritt die resultierenden Positionen und Ziele. Er ist ferner für die
37 Initialisierung und Begleitung der organisatorischen Abläufe zuständig. Die Beschlüsse der
38 Landesdelegiertenkonferenzen und des Landesausschusses bilden dabei die Basis des
39 Handelns. Dies erfolgt insbesondere in regelmäßigen Sitzungen, ergänzende Verfahren
40 regelt der Landesvorstand in seiner Geschäftsordnung.
41
42

43 Auch zukünftig soll das Wirken des Landesverbandes sowohl die Anforderungen an die
44 Arbeit eines politischen Jugendverbandes erfüllen, als auch eine aktive Beteiligung an den
45 politischen Strukturen und Entwicklungen des Landes, sowie teilweise auch darüber hinaus,
46 umfassen.
47

48 Zum Beginn der Amtszeit findet eine konstituierende Sitzung der gewählten Mitglieder des
49 Landesvorstandes statt. In dieser geben sie sich eine Geschäftsordnung und legen eine
50 konkrete Aufgabenverteilung für die kommenden zwei Jahre fest. Die Geschäftsordnung und
51 die Aufgabenverteilung werden den Mitgliedern des Landesverbandes unverzüglich zur
52 Kenntnis gegeben, mögliche Änderungen ebenso. Eine kritische Evaluation der
53 Geschäftsordnung, sowie der Aufgabenstruktur und -verteilung findet statt. Zudem gilt, dass
54 die Betreuung von Kreis- und Stadtverbänden durch die Landesvorstandsmitglieder
55 wichtiges Element der Arbeit Aller ist.

1 Der Landesvorstand wählt aus den Reihen der stellvertretenden Landesvorsitzenden ein für
2 die Koordination der Öffentlichkeitsarbeit zuständiges Mitglied und hält ein konkretes
3 Aufgabenverständnis fest. Dies entbindet die weiteren Vorstandsmitglieder nicht von der
4 Initialisierung und Mitgestaltung konkreter Öffentlichkeitsarbeit. Für die Betreuung der
5 Internetseite, insbesondere des Blogs, sowie der social media-Kanäle sind explizit alle
6 Mitglieder verantwortlich. Der/dem Koordinierenden für Öffentlichkeitsarbeit kommt hierbei
7 eine unterstützende Rolle in der Zusammenarbeit mit der/dem Landesvorsitzenden zu.
8 Die Außenvertretung erfolgt durch die/den Landesvorsitzende, in Absprache mit den
9 stellvertretenden Mitgliedern des Vorstandes und der/dem Landesausschussvorsitzenden.
10 Ergänzend hierzu besteht in enger Abstimmung mit der/dem Landesvorsitzenden auch die
11 Möglichkeit der Vertretung durch ein stellvertretendes Landesvorstandsmitglied.
12 Für die Arbeit des gesamten Landesvorstandes gilt, dass dieser grundsätzlich auf die aktive
13 und engagierte Mitwirkung aller angewiesen ist. Während die gewählten Mitglieder dabei in
14 der Verantwortung für verschiedenen Aufgaben und Themen stehen, handelt es sich bei den
15 kooptierten Mitgliedern um Vertreter*innen einzelner Themengebiete, deren Mitwirkung in
16 anderen Bereichen gewünscht ist. Die Kooptierungen selbst werden in der
17 Geschäftsordnung geregelt.

18 19 **Der Landesausschuss**

20 Der Landesausschuss vertritt die Interessen der Stadt- und Kreisverbände auf Landesebene.
21 Er kontrolliert und korrigiert die Arbeit des Landesvorstandes, beschließt über politische
22 Angelegenheiten und versteht sich selbst als eine Plattform zum Zwecke des Austausches
23 von Informationen. Die Erfahrungen der letzten Jahre machen es notwendig, in diesem
24 Arbeitsprogramm erneut deutlich auf den hohen Stellenwert des Landesausschusses
25 hinzuweisen.

26
27 Nur die breite Teilnahme der Vertreter*innen der Kreis- und Stadtverbände ermöglicht es
28 dem Landesausschuss, seine Aufgabe als größtes beschlussfassendes Gremium zwischen
29 den Landesdelegiertenkonferenzen angemessen ausfüllen zu können. Sitzungen des
30 Landesausschusses sollen zukünftig in Verbindung mit einem politischen und/oder
31 kulturellen Programm stehen, um die Beteiligung der einzelnen Mitglieder des Gremiums,
32 sowie des gesamten Landesverbandes zu fördern. Sollte unter dieser Veränderten
33 Sitzungsgestaltung in der Beteiligung am Landesausschuss in den nächsten Monaten keine
34 wesentliche Besserung eintreten, werden wir auf der LDK des Jahres 2017 über eine Reform
35 seiner Zusammensetzung beraten müssen.

36
37 Als Stichtag der Ermittlung für die gemäß Richtlinien der Jusos Sachsen-Anhalt auf die
38 Kreis- und Stadtverbände entfallenden Anzahlen an Vertreter*innen im Landesausschuss
39 legt die LDK für den Zeitraum 2016-2018 den 30.06.2016 fest.

40 41 **Arbeit der Landesarbeitskreise**

42 Die Landesarbeitskreise, von denen der Verband vier aufweist, sind eine elementare Säule
43 der inhaltlichen Arbeit des Landesverbandes und daher von enormer Bedeutung. Zudem
44 bieten sie die Möglichkeit, unabhängig vor der jeweiligen regionalen Struktur Juso-Arbeit zu
45 speziellen Themengebieten zu gestalten und die landesweite Vernetzung zu verbessern. Ziel
46 aller Landesarbeitskreise ist es, neben ihrer individuellen Arbeit, in Zusammenwirken mit den
47 gewählten Mitgliedern des Landesvorstandes, mindestens einmal im Jahr ein
48 Landesarbeitswochenende durchzuführen. Die Konstituierung der Landesarbeitskreise findet
49 spätestens sechs Wochen nach der Landesdelegiertenkonferenz statt.

50 51 Landesarbeitskreis Bildung und Soziales (BiSO):

52 Die Vielfalt der Themengebiete, mit denen sich der Landesarbeitskreis auseinandersetzen
53 sollte, ist groß. Neben bildungspolitischen Themen ist es das Feld der Sozialpolitik, das im
54 Zentrum der Arbeit des Landesarbeitskreises steht. Wir verstehen uns als kritischer Begleiter
55 und Ideengeber für diese Politikfelder. Wir wollen nicht nur über Herausforderungen

Antragsbereich A – Arbeitsprogramm 2016 - 2018

1 diskutieren, sondern auch innovative Konzepte entdecken und entwickeln, mittels derer
2 sozialdemokratische Politik nach vorn gebracht wird. Im Folgenden werden beide Bereiche
3 mit ihren Unterthemen kurz skizziert.

4

5 Themenbereich Bildung

- 6 • Allgemeine und Berufsbildende Schulen
- 7 • schulbegleitende Einrichtungen und Maßnahmen
- 8 • politische Bildung
- 9 • Lehrer*innenausbildung, Aus- und Fortbildung, Erwachsenenbildung

10

11 Themenbereich Soziales

- 12 • Gesundheit
- 13 • Jugend, Familien, Senioren
- 14 • Verbraucherschutz
- 15 • Integration
- 16 • Inklusion & Behinderung

17

18 Um die Arbeit des Landesarbeitskreises für die Jusos in Sachsen-Anhalt interessanter zu
19 gestalten, sind zukünftig einige organisatorische Erneuerungen notwendig. Die regulären
20 Sitzungen sollten im ganzen Land stattfinden – im Ideal tagen wir in Bildungs- und
21 Sozialeinrichtungen. Gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern aus Gewerkschaften,
22 Wohlfahrtsverbänden und anderen Organisationen werden wir über aktuelle Themen
23 sprechen, um miteinander in Austausch zu treten.

24

25 Jusos aus anderen Bundesländern stehen oft vor ähnlichen Herausforderungen, haben
26 mitunter schon Lösungen für Probleme entwickelt oder Erfahrungen mit dem Scheitern von
27 Ideen. Wir werden Treffen organisieren, die auch die länderübergreifende Vernetzung
28 stärken wird und gute Lösungen aus anderen Bundesländern aufgreift.

29

30 LAK gegen Rechts (qR):

31 Rechtspopulismus, Rechtsradikalismus und rechtstextreme Einstellungen nehmen in der
32 Gesellschaft weiterhin zu und haben sich in ihrem Erscheinungsbild geändert.

33 Der Alltagsrassismus hat sich weiterentwickelt und beeinflusst teilweise staatliches Handeln
34 (z.B. Racial Profiling). Der offen zur Schau getragene Rechtsextremismus ist kein Phänomen
35 der subkulturell geprägten rechtsextremen Szene, sondern auch zunehmend in dem sich als
36 traditionell bürgerlich verstehenden Teil der Gesellschaft verankert.

37

38 Das Verhalten der CDU zum Beginn der 7. Wahlperiode zeigt, dass auch der politische
39 Einfluss der rechtsextremen AfD nicht zu unterschätzen ist und Akteure innerhalb der CDU
40 einer Regierungsbeteiligung der AfD nicht ablehnend gegenüber stehen. Der Kampf gegen
41 den Rechtsextremismus wird auch weiterhin ein Schwerpunkt der Arbeit der Jusos Sachsen-
42 Anhalt sein. Wir werden dabei auch die Zusammenarbeit mit verschiedenen Vereinen,
43 Verbänden und Parteien, beziehungsweise deren Jugendorganisationen verstärken.

44

45 Die Missachtung der Bürgerrechte, sowie das Verhalten und die Arbeitsweise des
46 Verfassungsschutzes wird von uns ebenfalls genauer beobachtet werden. Die Umsetzung
47 der im Koalitionsvertrag beschlossenen Polizeiidentifikationsnummern, einer langjährigen
48 Jusoforderung, in geschlossenen Einsätzen werden wir ebenso kritisch begleiten.

49

50 Der Landesarbeitskreis wird sich darüber hinaus auch mit den Bereichen der
51 Sicherheitspolitik befassen und hier gegebenenfalls mit anderen Arbeitskreisen thematisch
52 eng zusammenarbeiten.

53

54 Landesarbeitskreis Digitales, Internationales, Gleichstellung und Europa (DInGE):

Antragsbereich A – Arbeitsprogramm 2016 - 2018

1 Der Landesarbeitskreis Gleichstellung, Europa, Netzpolitik und Internationales wird zu
2 seinen Aufgabengebieten der letzten zwei Jahre den eigenständigen Bereich Europa
3 hinzubekommen, der bisher im Bereich „Internationales“ angedacht war. Der Arbeitskreis
4 wird mit den jeweiligen SPD-Gremien (AsF, FA Europa usw.) zusammenarbeiten.

5 Digitales:

6 Auch nach der Entscheidung auf dem SPD Konvent die Vorratsdatenspeicherung wieder
7 einzuführen, ist es Aufgabe der Jusos sich stärker mit dem Thema Netzpolitik zu befassen.
8 Wenn es in den nächsten Jahren weitere Kampagnen zu diesem Gesetz, welches im Jahr
9 2018 evaluiert werden soll, gibt, wird sich der Arbeitskreis hier einbringen. Die Jusos müssen
10 sich der Herausforderung der Entwicklung einer netzpolitischen Strategie auf nationaler wie
11 auf europäischer Ebene stellen, um besonders hier in die SPD hinein zu wirken.

12 Internationales:

14 Dem Thema Internationales soll in der nächsten Periode mehr Bedeutung beigemessen
15 werden. Die Beschäftigung mit diesem Thema muss dabei über eine Beteiligung beim
16 IUSY/ECOSY hinausgehen. In Zusammenarbeit mit anderen LAK können hier aktuelle
17 internationale Entwicklungen sowie grundlegende Fragestellungen behandelt werden. Durch
18 diese stärkere Beachtung internationaler Themen wird ferner der Erfahrung Rechnung
19 getragen, dass derartige Themen im Landesverband durchaus auf Interesse stoßen.

20 Gleichstellung:

21
22 Der Landesarbeitskreis wird sich auch weiterhin dem Themenkomplex innerverbandlicher
23 und gesellschaftlicher Gleichstellung widmen. Unserem Selbstverständnis nach, gilt es
24 Strukturen zu schaffen und systematisch für eine Gleichberechtigung zwischen Frau* und
25 Mann* zu kämpfen. Aber nicht nur die Gleichberechtigung von Frau und Mann liegt in
26 unserem Fokus, sondern auch jede Form von Diskriminierung und Ungleichbehandlung
27 benachteiligter gesellschaftlicher Gruppen. Unsere Arbeit weist dabei über ein klar
28 zweigeschlechtlich unterscheidendes Bild von Menschsein hinaus.

29 Europa:

31 Aufgrund der aktuellen politischen Entwicklungen, zum Beispiel in der Außen-, Sicherheits-
32 und Friedenspolitik, aber auch der Finanzpolitik, steht die Europäische Union am
33 Scheideweg. Der Arbeitskreis will ein Forum für eine vertiefte Betrachtung, Analyse und
34 Diskussion in diesen komplexen Themenfeldern bieten. Der Arbeitskreis wird sich ebenfalls
35 im Vorfeld der Europawahl an der inhaltlichen Ausgestaltung des Wahlprogrammes
36 beteiligen.

37 Landesarbeitskreis Ökonomie/Ökologie (ÖkÖk):

39 Im Landesarbeitskreis Ökonomie und Ökologie geht es nicht nur um die Bearbeitung
40 klassischer Themen wie Haushaltspolitik, Arbeitsmarkt, Erneuerbare Energien oder Verkehr.
41 Vielmehr müssen wir uns mit dem Zusammenspiel von sinnvoller Geldmittelverwendung und
42 nachhaltigem Umweltschutz auseinandersetzen. Jedes gesellschaftliche Thema kann in
43 diesen Dimensionen betrachtet werden, sodass sich für den Landesarbeitskreis ein breites
44 Arbeitsspektrum ergibt. Besonders mit den Landesarbeitskreisen “Bildung und Soziales” und
45 “Digitales, Internationales, Gleichstellung und Europa” sowie den SPD-Fachausschüssen
46 “Energie” “Finanzen” und “Wirtschaft” gibt es einige Themen die gemeinsam bearbeitet
47 werden können.

48
49 Es ist Aufgabe des LAK ÖkÖk sich Gedanken zu einer aktiven Wirtschaftspolitik zu machen.
50 Diese Politik muss es den Menschen ermöglichen sich ihre Lebensträume erfüllen zu
51 können. Hierzu gehören eine sinnvolle Zusammenarbeit zwischen allen
52 Bildungseinrichtungen und der Wirtschaft, damit allen jungen Menschen in Sachsen-Anhalt
53 die Chance gegeben wird hier zu bleiben.

54

1 Im Bereich der Kommunalpolitik werden wir uns stärker mit den Grundbedürfnissen wie
2 bezahlbarer Wohnraum, medizinische Versorgung und öffentlicher Nahverkehr beschäftigen
3 müssen. Auch die andauernde Hilfeleistung für sozial Benachteiligte und Menschen in Armut
4 muss trotz knapper Kassen gewährleistet sein.
5 Die Energiewende ist weiterhin ein Projekt das für wichtige Diskussionen sorgen wird. Die
6 Herausforderungen in der Energiepolitik reichen von technischen Fragen wie Netzausbau,
7 Energiespeicherung und sichere Energieversorgung bis zur Transformation des
8 Erneuerbare-Energien-Gesetzes hin zu einem marktwirtschaftlichen System. Die
9 Bezahlbarkeit von Strom und Gas sowie die Umweltverträglichkeit des Netzausbaus und der
10 Energiespeicher stehen hier für uns im Fokus.

11
12 Und schließlich müssen wir die politischen Entscheidungen der vergangenen Jahre beim
13 Thema Verkehr evaluieren. Ist das Verkehrsnetz ausreichend ausgebaut und saniert? Haben
14 die Umweltzonen ihren Zweck erfüllt? Wie stehen die Chancen für ein allgemeines
15 Tempolimit?

16
17 Wir werden uns auch Zeit für große Themen nehmen, wie einer grundlegenden Reform der
18 deutschen Steuergesetzgebung oder der Europäischen Geldverteilungspolitik. Darüber
19 hinaus sind wir als Landesarbeitskreis immer in der Pflicht, aktuelle Themen aufzugreifen
20 und gute persönliche Kontakte zu ReferentInnen, Unternehmen oder NGOs aufzubauen
21 bzw. zu nutzen.

22 23 **Arbeit der Juso-Hochschulgruppen**

24 Die Juso-Hochschulgruppen des Landes setzen sich an den Hochschulstandorten für die
25 Interessen der Studierenden ein. Wir sind offen für jede und jeden, der/die sich mit
26 sozialdemokratischem und sozialistischem Grundverständnis in der Hochschulpolitik auf
27 kommunaler, Landes- und Bundesebene einbringen will. Nach dem die Kämpfe um die
28 Finanzierung der Hochschulen für das erste ausgefochten sind, liegt als nächstes die
29 Novellierung der Landeshochschulgesetze vor uns. Als Hochschulgruppen werden wir uns
30 dafür einsetzen, dass die Interessen von Studierenden im Vordergrund stehen. Hierfür
31 möchten wir eine Arbeitsgruppe innerhalb der Hochschulgruppen initiieren, die die genauen
32 Änderungswünsche und Vorschläge ausarbeitet. Generell setzen wir uns an allen
33 Hochschulen dafür ein, dass sich alle Studierenden wohlfühlen und setzen uns gegen
34 jedwede Diskriminierung zur Wehr.

35 36 **Juso-Schüler*innen**

37 Wir sehen in den Jusos-Schüler*innen eine sehr gute Möglichkeit, einer besonders jungen
38 Gruppe an Mitgliedern unseres Verbandes ein eigenes Forum zu geben und wollen dies
39 stärken.

40
41 Die Juso-Schüler*innen sollen wieder eine organisatorische und aktive Basis für alle Jusos in
42 schulischer und beruflicher Ausbildung werden. Insbesondere diese Balance und Verbindung
43 der beiden genannten Gruppen und die organisatorischen Rahmenbedingungen, die zumeist
44 zu eher kurzen Mitgliedschaften und Phasen unterschiedlicher Intensität in der Arbeit dieser
45 Gruppen führen, stellen Herausforderungen dar, denen wir begegnen möchten. Unter
46 organisatorischer Begleitung durch ein Mitglied des Landesvorstandes möchten wir diese
47 Struktur wieder mit neuem Leben erfüllen, um den im Verband Aktiven eine zusätzliche
48 Möglichkeit zur themenspezifischen Arbeit zu geben. Hierzu wird die Initiative zur Belegung
49 dieser Struktur zeitnah vom Landesvorstand ausgehen. Die Möglichkeit einer engeren
50 Zusammenarbeit zwischen den Jusos Schüler*innen und dem Landesarbeitskreis Bildung ist
51 zu prüfen und obliegt dabei insbesondere auch der Einschätzung der Schüler*innengruppe.
52 Der Schwerpunkt der Arbeit dieser Gruppe ist die Auseinandersetzung und Meinungsbildung
53 zu Themen der Schulpolitik unter sozialdemokratischem Grundverständnis. Mittelbar werden
54 dabei auch Grundlagen und Kenntnis der Arbeit in einer Nachwuchsorganisation und die

1 Möglichkeit zur besseren Vernetzung geschaffen. Auch streben wir eine Beteiligung an
2 spezifischen Veranstaltungen des Bundesverbandes im Bereich der Schüler*innen an.
3

4 Die Arbeit der Schüler*innengruppe erfolgt dabei unter dem Fokus auf Bildung und
5 Ausbildung, ist aber hierauf keinesfalls beschränkt. Die Formen der Zusammenarbeit
6 obliegen der Gestaltung der Interessierten. Wünschenswert wäre die Sichtbarkeit der
7 Aktivitäten, zum Beispiel durch die Begleitung dieser auf der Internetseite und der
8 Facebookseite des Landesverbandes.
9

10 **ständige Projekte:**

11 Blog II. statt Zeitschrift 2:

12 Nachdem wir bereits in den 1990er Jahren zeitweise über eine Verbandszeitschrift, den
13 Eierwurf, verfügten und dieses Medium in den Jahren 2013 und 2014 erneut getestet haben,
14 kamen wir gemeinsam zu dem Schluss, dass die Umstellung auf einen Blog uns
15 zeitgemäßer, praktikabler und interaktiver erscheint. Insbesondere die technischen
16 Möglichkeiten der Verknüpfung von verschiedenen Inhalten und Darstellungsformen sowie
17 die Chance zum Austausch via Kommentarfunktion erscheinen uns dabei sinnvoll, und
18 überlagern dabei das ebenfalls vorhandene Kriterium der organisatorischen Vereinfachung
19 deutlich. Erste Versuche in den vergangenen zwei Jahren erwiesen sich zwar als
20 interessantes Mittel zur Darstellung politischer Perspektiven, das Mittel Blog blieb insgesamt
21 jedoch hinter dem Ziel zurück. Von den Vorteilen, insbesondere in Bezug auf die Möglichkeit
22 eine basisdemokratische Plattform für alle Mitglieder anzubieten sind wir jedoch weiterhin
23 überzeugt und möchten daher einen neuen Versuch wagen. Zwar kommt dem
24 Landesvorstand hier eine besondere Verantwortung zu, diesen Blog mit Inhalten zu beleben,
25 ausdrücklich soll dies aber ein Mittel aller Jusos des Landesverbandes zur Debatte sein. Der
26 Landesvorstand wird sowohl in der eigenen Arbeit konkrete Vereinbarungen zu Blog-
27 Aktivitäten, wie einen Zeitplan zur Bestückung, erstellen, als auch weitere geeignete Mittel
28 zur Belegung dieses Mediums ergreifen. Das Vorhaben soll damit den Kinderschuhen
29 entwachsen und langfristig zu einem etablierten Mittel in der innerverbandlichen
30 Kommunikation werden und somit auch Wirkung nach außen entfalten.
31

32 Der Tag der Kreis- und Stadtverbände:

33 Der Tag der Kreis- und Stadtverbände diene uns in den letzten zwei Jahren vor allem der
34 Vernetzung und der Bestimmung der Kampagnenfähigkeit für landesweite Aktionen.
35 Zukünftig wird der Tag der Kreis- und Stadtverbände als flexibles Angebot des
36 Landesvorstandes an die Gliederungen des Landesverbandes ausgeschrieben. Der Inhalt
37 richtet sich nach den örtlichen Bedürfnissen. Ziel ist einzelne Verbände bei Kampagnen und
38 Aktionen vor Ort, beispielsweise bei der Kandidatur von Jusos, personell und organisatorisch
39 zu unterstützen. Dabei bleibt dieser Tag mitgliederoffen und findet mindestens einmal im
40 Jahr statt, außerhalb von Wahlen richtet sich das Angebot vor allem an strukturschwache
41 Verbände mit dem Ziel eine Aktivierung zu erreichen. Auch teambildende Maßnahmen
42 können zur Vernetzung und einem konstruktiven Miteinander im Landesverband führen.
43

44 Der Juso-Konvent:

45 Der Juso-Konvent ist ein bisher zweimal mit sehr guter Resonanz durchgeführtes Format,
46 welches die Möglichkeit zum Austausch zwischen Jusos und diversen Mandats- und
47 Verantwortungsträger*innen, bis hin zu Staatssekretär*innen und Minister*innen, der SPD
48 bietet. Dieser Kreis soll, wenn thematisch geboten auch um Vertreter*innen der kommunalen
49 bzw. Landkreisebene erweitert werden.
50

51 Ziel der Konvente ist es, sowohl einen gegenseitigen Austausch – auch das Erklären
52 von Hintergründen und Positionen – zu fördern und zudem auch eine Kontaktaufnahme
53 sowie einen offenen, kritischen und konstruktiven Austausch in sehr kompakter Form zu
54 ermöglichen.
55

1 Die Organisation des Konventes ist Aufgabe des Landesvorstandes, der die
2 Durchführung einmal im Jahr – vorzugsweise im letzten Quartal – anstreben soll. Im Fokus
3 sollen dabei jeweils drei bis vier, auch weiterhin unter Einbeziehung der Basis festzulegende,
4 Themen stehen. Zudem soll die Ergebnissicherung weiterentwickelt werden, um die
5 Nachhaltigkeit der Veranstaltung zu steigern.

6 7 **Bildungs- und Seminararbeit**

8 Hochwertige Bildungs- und Seminarangebote haben das Potential aktive Mitgliedschaft zu
9 ermöglichen und zu festigen. Deshalb wollen wir zukünftig verstärkt darauf setzen, unseren
10 Mitgliedern wertvolle Veranstaltungen anzubieten. Die Seminare sollen dabei auch so
11 ausgerichtet werden, dass ein Mehrwert sowohl für das einzelne Mitglied als auch für den
12 gesamten Verband entsteht. Erworbene Kompetenzen können somit durch die Mitarbeit
13 weiter geschult werden. Dennoch werden wir auch Angebote zu Themen machen, die auf
14 den ersten Blick nur mittelbaren Bezug zur Arbeitsrealität im Jugendverband aufweisen, da
15 auch der Blick über den klassischen Tellerrand Anspruch von Juso-Arbeit sein muss.

16
17 In ganz- oder mehrtägigen Seminaren, sollen unsere Mitglieder von externen Expert*innen
18 Wissen zu einem vielfältigen Portfolio vermittelt bekommen, wobei wir auch auf die
19 methodische und planerische Vielfalt im Seminarangebot achten wollen. Die Themen der
20 Seminare sind dabei nicht begrenzt und obliegen auch der Mitgestaltung durch die so
21 genannte Basis. Der Landesvorstand achtet im Rahmen der Planung auch auf die möglichst
22 große Vielfalt dieser Themen, die z.B. von Fertigkeiten im Bereich von Moderation und
23 Sitzungsleitung, über regional spezifische Themen bis hin zu Aspekten der internationalen
24 Politik oder auch der Theorie und Ideengeschichte der Sozialdemokratie reichen könnten.

25 Die Seminare sollen regelmäßig, mindestens jedoch halbjährlich, an abwechselnden Orten in
26 Sachsen-Anhalt stattfinden. Die Veranstaltungen stehen in erster Linie Jusos offen und
27 sollen der positiven Entwicklung unserer Mitglieder und somit des gesamten Verbandes zu
28 Gute kommen. - Wir werden aber prüfen ob es sinnvoll und möglich ist, befreundete
29 Organisationen wie zum Beispiel SJD die Falken und dem Landesjugendwerk der AWO mit
30 einzubeziehen und unter Umständen gemeinsame Seminare anzubieten, gleiches gilt für die
31 Kooperation mit anderen Juso-Verbänden.

32 33 **Lebendige Verbandsarbeit und Beteiligung**

34 Aktivierung zur Beteiligung im Allgemeinen:

35 Der Landesverband lebt vom Mitmachen. Um in einem Flächenland wie Sachsen-Anhalt ein
36 räumlich nahes Angebot zu schaffen, werden Veranstaltungen des Landesvorstandes,
37 Landesausschusses und der Landesarbeitskreise nach Möglichkeit abwechselnd in
38 verschiedenen Regionen stattfinden –in den letzten zwei Jahren fand hier mit zwischen drei
39 Orten regelmäßig pendelten Landesvorstandssitzungen bereits ein Schritt in die richtige
40 Richtung statt. Um die Beteiligung an Veranstaltungen und in Gremien zu erhöhen, wird auf
41 günstige Rahmenbedingungen geachtet. Hier zu nennen ist die langfristige Einladung. Dabei
42 sollte eine Terminierungsschiene von 4 Wochen im Voraus angestrebt und weniger als 2
43 Wochen als Zeitraum vermieden werden, ausgenommen sind Demonstrationen und andere
44 nur kurzfristig planbare Aktivitäten. Außerdem wird die verstärkte Terminbündelung
45 angestrebt, wo dies sinnvoll erscheint.

46
47 Zudem ist zukünftig noch gezielter darauf zu achten, wie neue oder eher unerfahrene
48 Mitglieder noch besser und nachhaltiger in die Strukturen eingebunden werden können.

49 Gendersensible-Foren:

50 Der Landesvorstand wird damit beauftragt, dem Landesausschuss innerhalb eines halben
51 Jahres einen Vorschlag zur Ausgestaltung von gendersensiblen Foren und Plenen zu
52 unterbreiten, der auch die Möglichkeiten zur Unterbrechung von Sitzungen und
53 Landesdelegiertenkonferenzen für genderspezifische Beratungen vorsieht, welcher dann im
54 Landesausschuss beraten und im weiteren beschlossen werden soll. Hierbei sind auch die
55

1 verschiedenen Erfahrungen und Modelle, wie sie in den benachbarten Verbänden in Teilen
2 praktiziert werden, in die Überlegungen einzubeziehen. Diese Etablierung soll sich
3 anschließend auch in der Geschäftsordnung der Landesdelegiertenkonferenzen
4 widerspiegeln. Wichtig hierbei ist, dass dieser Wandel hin zu einer noch besseren
5 Verbandskultur von einem intensiven Debatten- und Austauschprozess zur grundlegenden
6 Reflektion dieses Anliegens und Ansatzes begleitet wird, auch damit diese Neuerung am
7 Ende von allen getragen und in ihrer Intention möglichst einheitlich gedeutet wird.

8 9 Das Awareness-Team:

10 Auf den letzten beiden Landesdelegiertenkonferenzen haben wir erste Erfahrungen mit der
11 Arbeit eines Awareness-Teams gesammelt. Diese stellt für uns einen Mehrwert da uns soll
12 daher zukünftig sowohl auf Landesdelegiertenkonferenzen als auch auf mehrtägigen
13 sonstigen Veranstaltungen, jeweils aus zwei Mitgliedern die nicht zum gewählten
14 Landesvorstand gehören, etabliert werden und somit ein selbstverständlicher Part des
15 Verbandsalltages sein. Des Weiteren ist zu wünschen, dass ein ständiges Awarenesssteam
16 als durchgehender Ansprechpartner innerhalb des Juso-Landesvorstandes etabliert wird.

17 18 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

19 Die Pressearbeit soll sowohl der Positionierung in und Mitgestaltung von aktuellen Debatten
20 als auch der Ideenverbreitung und des Ausbaus des Bekanntheitsgrades der Jusos
21 Sachsen-Anhalt dienen. Dies geschieht in verschiedener Form. Beispiele sind das
22 Versenden und Veröffentlichen von Pressemitteilungen und Postings, wie auch die direkte
23 Kommunikation mit Medienvertreter*innen. Zwar kommt der/dem Landesvorsitzenden hier
24 besondere Bedeutung zu, die/der soll in dieser Aufgabe jedoch auch Unterstützung aus der
25 Gesamtheit des Landesvorstands erfahren. Jedes Mitglied des Landesvorstandes, auch die
26 Kooptierten, sollten es sich zum Ziel setzen pro Jahr mindestens eine Pressemitteilung
27 vorzuschlagen und in Umlauf zu bringen. Dies sollte natürlich nicht dazu dienen eine solche
28 um der Pressemitteilung selbst Willen zu kreieren, aber qualifizierte Themen gibt es in dieser
29 Hinsicht genügend – Erfahrenere Landesvorstandsmitglieder stehen hierbei in der
30 besonderen Verantwortung, neueren beratend zur Seite zu stehen. Neben klassischen
31 Formen der Öffentlichkeitsarbeit soll zukünftig auch das Arbeiten mit Kommentaren und
32 ähnlichem mehr Beachtung erfahren.

33 34 Koalitionsarbeit – Nachverfolgung Vertrag:

35 Mit der Bildung der neuen Landesregierung und dem vorliegenden Koalitionsvertrag sehen
36 wir eine große Anzahl an Themen und Herausforderungen, die die Lebenswelt junger
37 Menschen betreffen. Daher versteht es der Juso-Landesvorstand als wesentliche Aufgabe
38 der kommenden zwei Jahre, für den Verband wesentliche Schwerpunkte gemeinsam mit den
39 Landesarbeitskreisen zu definieren und sich für die Umsetzung einzusetzen. Hierfür möchten
40 wir insbesondere den regelmäßigen Austausch mit Mitgliedern aus SPD-Fraktion, SPD-
41 Landesvorstand und Regierungsvertreterinnen und -vertretern nutzen. Des Weiteren werden
42 wir uns gemeinsam mit den Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüssen der Landes-SPD
43 austauschen und Themen sowie konkrete Vorschläge an den Landesvorstand herantragen.
44 Auch werden wir die Nachverfolgung unserer in die Landespolitik Einzug gehaltenen
45 Positionen verbessern.

46 47 Projekt „Politik-Praktikum/Politik erlebbar“:

48 Ziel des Projektes soll es sein, jungen Menschen einen Einblick in die Welt der Politik auf
49 den unterschiedlichen Ebenen zu ermöglichen und zu Engagement zu motivieren. Diesen
50 Einblick wollen wir sowohl Mitgliedern, die jedoch eher inaktiv sind, als auch Interessierten
51 ermöglichen. Um Politik erlebbar zu machen, wollen wir gemeinsam mit den Mandatsträgern
52 und Gliederungen der unterschiedlichen Ebenen ein „Durchlaufprogramm“ entwickeln.
53 Hierfür wird sich aus dem neuen Landesvorstand heraus eine Projektgruppe bilden, welche
54 spätestens Ende August eine Projektskizze dafür auflegt und diese breit in den Verband
55 kommuniziert. An der konzeptionellen Mitarbeit interessierte Jusos, die keine

1 Landesvorstandsmitglieder sind, sollen in diesem Schritt ebenfalls eine
2 Mitwirkungsmöglichkeit erhalten. Um das Projekt finanziell umzusetzen, ist es geplant, die
3 Projektskizze bis Mitte September für den ausgeschriebenen Innovationsfond der Bundes-
4 SPD einzureichen.

8 **Wir und die Bundesjusos**

9 Als Jusos Sachsen-Anhalt treten wir politisch nicht nur innerhalb unseres eigenen
10 Landesverbands auf, sondern sind auch auf Bundesebene aktiv. Zum einen geschieht dies
11 über die Teilnahme an Verbandswochenenden, an Bildungsseminaren wie dem
12 Politikdiplom, über Engagement in den Juso-Hochschulgruppen auf Bundesebene, zum
13 anderen aber auch über eine aktive Teilnahme und Einbringung auf dem jährlichen
14 Bundeskongress der Jusos. Wie bereits in den vergangenen Jahren wollen wir auch in
15 Zukunft nicht nur unsere sechs Delegierten dort hin entsenden, sondern dieses Team durch
16 weitere aktiv begleitende Jusos verstärken. Wir wollen daher mit einer aktiven und intensiven
17 Vorbereitung dafür sorgen, dass wir trotz unserer geringen Anzahl an Vertreter*innen doch
18 einzelne aber deutliche Signale setzen können. Hierfür ist es jedoch erforderlich, dass
19 insbesondere vorbereitend sich möglichst viele Mitglieder an der inhaltlichen Arbeit an
20 Anträgen und Antragsbuch beteiligen, weshalb wir mindestens zwei Vorbereitungstreffen
21 anvisieren, die mitgliederöffentlich sind.

22
23 Wir sind uns als Jusos Sachsen-Anhalt des vorhanden seins und der Bedeutung von
24 bestimmten Strömungen auf Juso-Bundesebene bewusst und nehmen hier eine neutrale
25 Haltung ein. Dennoch wollen wir uns mit der inhaltlichen Ausgestaltung selbiger
26 auseinandersetzen und insbesondere die Strömungen auch in ihrer geschichtlichen
27 Relevanz und für den Verband allgemein in Neumitgliederseminaren beachten und sie so in
28 einen verständlichen Kontext setzen.

30 **Wir und die SPD**

31 Wir verstehen uns als Jugendverband, der auch weiterhin den Anspruch hat, eine aktive,
32 verlässliche und gestalterische Rolle innerhalb der SPD, als ein Bestandteil der
33 verbandseigenen Doppelstrategie, zu erfüllen und mit unseren Inhalten zu überzeugen. Wir
34 sehen uns daher als konstruktiven Partner, werden aber immer dort, wo es uns notwendig
35 erscheint auch lauten und deutlichen Protest üben.

36
37 Viele Jusos sind gleichzeitig auch innerhalb der SPD als Funktionsträger*innen aktiv
38 oder nehmen Mandate auf kommunaler Ebene wahr. Wir sind damit wichtige Säule des
39 Gesamtverbandes und verbinden damit auch den Anspruch diesen in seiner
40 Zukunftsfähigkeit sowohl inhaltlich als auch personell, mit den anderen Mitgliedern
41 zusammen, langfristig mit zu gestalten. Hierfür übernehmen wir, noch einmal verstärkt seit
42 dem innerparteilichen Umbruchprozess nach der Landtagswahl 2016, auch offiziell
43 Verantwortung. So haben wir erstmals vier nominelle Juso-Mitglieder im Landesvorstand und
44 sehen diese in der Pflicht, mit Unterstützung des gesamten Verbandes, dort einen
45 wesentlichen Beitrag zu leisten. Wir nehmen jedoch zur Kenntnis, dass die Positionen der
46 Jusos in manchen Aspekten über die der SPD hinaus weisen. Dass wir dennoch wichtige
47 Impulse zur inhaltlichen Ausrichtung des Verbandes geben können und wollen haben wir
48 unter anderem im Rahmen der Erstellung des Landtagswahlprogrammes bewiesen und
49 werden dies, zum Beispiel im Rahmen des Leitbildprozesses und im Rahmen der
50 Programmdebatten zur Bundestags- und Europawahl auch wieder leisten. Zudem steht der
51 Landesvorstand der Jusos auch im Falle eines Unterstützungsbedarfes im Rahmen der
52 Zusammenarbeit zwischen Jusos und SPD auf Kreis- bzw. Stadtverbandsebene zur
53 Verfügung.

1 Uns ist bewusst, dass eine Landesdelegiertenkonferenz und ein Landesparteitag sich
2 strukturell unterscheiden und letztere keinesfalls genau nach unseren Wünschen und
3 Vorstellungen ablaufen können und werden. Dennoch ist für uns klar, dass die inhaltlichen
4 Debatten im Zentrum der Arbeit stehen sollten und andere Aspekte wie Grußworte zwar zu
5 einer solchen Veranstaltung gehören, aber kein Selbstzweck sein dürfen. Wir werden daher,
6 unter anderem auch im Hinblick auf den Antragsumfang, insbesondere durch eine sehr gute
7 Koordinierung und Vorbereitung der Anträge zu Parteitagen einen Beitrag zum guten Ablauf
8 dieser leisten. Der Programmparteitag in Leuna mit seiner guten Zusammenarbeit mit der
9 Antragskommission, anderen Arbeitsgemeinschaften und dem Präsidium kann hier als
10 Orientierung dienen. Hierbei kommt neben der/dem Landesvorsitzenden eine besonders
11 hohe Verantwortung zu, was aber sowohl die stellvertretenden Landesvorstandsmitglieder
12 als auch alle anderen Jusos nicht von einer Verantwortung zur Mitwirkung entbindet. Es ist
13 dabei unser Anspruch, dass die Vertretung von Juso-Interessen sich auf mehrere Schultern
14 verteilt und auch Jusos ohne Delegiertenmandat zur Mitwirkung animiert werden. Auch wenn
15 wir zur Kenntnis nehmen, dass die Delegierten der Landesparteitage von ihren Kreis- bzw.
16 Stadtverbänden gewählt werden, ist ein gewisses Maß an Juso-Disziplin für uns
17 erstrebenswert

18 .
19 Zudem gilt für uns, dass wir uns neben programmatischen Prozessen auch in andere
20 Aktivitäten, wie Wahlkämpfe, aktiv einbringen. Diese sind jedoch keinesfalls ein alleiniger
21 Arbeitsbereich für den Jugendverband und müssen, wie auch inhaltliche Debatten, von allen
22 Gliederungen und Mitgliedern der Partei in angemessener Art und Weise und solidarisch
23 geführt werden.

24
25 Gegenseitiges Interesse für die Themen und Ziele sowie auch für die vielleicht
26 vorhandenen strukturellen Probleme in einzelnen Gliederungen der Partei ist für uns
27 selbstverständlich. Wir werden daher die bereits bestehenden Kontakte und Vernetzungen,
28 zum Beispiel zur AsF und den Schwusos sowie der AG Selbstaktiv, weiter verstetigen und
29 zusätzliche aufbauen.

30
31 **Zusammenarbeit mit anderen politischen Jugendverbänden und weiteren Gruppen**
32 Die Zusammenarbeit und Vernetzung mit anderen Verbänden ist für uns von hoher
33 Bedeutung, dies gilt sowohl für andere politische Jugendverbände demokratischer Couleur in
34 Sachsen-Anhalt und klassische Vorfeldorganisationen und Gewerkschaften wie auch für
35 weitere Verbände und Interessengruppen. Wir sehen uns hierbei als breit interessierter und
36 für thematische Zusammenarbeit offener Verband an und gehen auch aktiv auf andere zu.
37 Neben unserer generellen Zusammenarbeit mit den anderen Jusos im ganzen
38 Bundesgebiet, begrüßen wir die in der letzten Zeit entwickelten Kontakte zu den anderen
39 ostdeutschen Juso-Verbänden und möchten diese neben der Vorsitzenden auch für die
40 Vorstände und die Gesamtmitgliedschaft ausbauen.

41
42 Wir werden in den kommenden zwei Jahren eine aktive Rolle in der Wiederbelebung
43 des Rings politischer Jugend in Sachsen-Anhalt einnehmen und uns zudem Gedanken um
44 Bedarfe und gegebenenfalls geeignete Formen der Zusammenarbeit mit den
45 Jugendorganisationen der anderen an der Regierung beteiligten Parteien machen.

46
47 **Wir und die internationale Arbeit**
48 Als Teil der Jusos ist es für uns selbstverständlich uns nicht nur als lokalen oder nationalen
49 Verband zu begreifen, sondern auch den Kontakt und die Zusammenarbeit mit
50 Gleichgesinnten in einem internationalistischen Kontext zu suchen.

51
52 In der Vergangenheit ist dies bereits immer wieder mit dem Besuch der großen Treffen der
53 Young European Socialists (YES) und der International Union of Socialist Youth (IUSY)
54 geschehen. Unsere Teilnahme an diesen Festivals wollen wir fortsetzen und auch weiterhin
55 entsprechend von Landesverbandsebene aus unterstützen.

1
2 Selbstverständlich ermuntern wir unsere Mitglieder auch jederzeit bestehende Kontakte zu
3 internationalen Partnerorganisationen zu intensivieren und sind auch bereit Engagement in
4 diesem Kontext zu fördern.

5
6 Des Weiteren sind wir als Jusos auch Teil des Willy-Brand-Centers in Jerusalem, einem
7 deutsch-israelisch-palästinensischem Begegnungszentrum. In den nächsten Jahren streben
8 wir als Jusos Sachsen-Anhalt an, an einer der Austauschfahrten dorthin teilzunehmen und
9 uns in diesem Kontext intensiv mit den politischen Gegebenheiten vor Ort, aber auch mit
10 unserer eigenen Geschichte auseinanderzusetzen.

11
12 **Ausblick und Zusammenfassendes**

13 Auch in den nächsten Jahren wird die Arbeit der Jusos Sachsen-Anhalt nicht weniger
14 werden. Nach der Niederlage zur Landtagswahl 2016 wurde in weiten Teilen der SPD-Basis
15 die Forderung laut, sich stärker mit inhaltlichen Themen auseinander zusetzen. Die
16 Sozialdemokratie muss auf die neuen Anforderungen und Schwierigkeiten im Alltag der
17 Menschen neue Lösungen finden. Die Jusos werden ihren inhaltlichen Beitrag dazu leisten
18 und mithilfe neue Ideen zu entwickeln.

19
20 Die Jusos Sachsen-Anhalt werden auch zur Bundestagswahl 2017 inhaltliche Vorschlägen
21 für das Wahlprogramm machen, auch um zum Beispiel in Bereichen wie TTIP, CETA,
22 Steuerpolitik, Vorratsdatenspeicherungen oder Rüstungsexporten korrigierend in die aktuelle
23 SPD-Regierungspolitik einzugreifen. Im Vorfeld der Kommunal- und Europawahl 2019
24 werden sich die Jusos werden wieder, z.B. mit Schulungen, beziehungsweise Seminare für
25 Kandidierend, aktiv in die Vorbereitungen einbringen. Im Jahre 2013 gab es hierfür in
26 Zusammenarbeit mit der SGK das Seminar „30 unter 30“, in dem Jusos für kommunale
27 Verantwortung geschult wurden. Angesichts der Altersentwicklung in der SPD, muss die
28 verstärkte Verankerung von Jusos in den kommunalen Gremien zentrales Anliegen der
29 Juso-Arbeit in den nächsten Jahren sein.

30
31 Die Jusos Sachsen-Anhalt werden gegenüber der Mutterpartei auch weiterhin eine
32 solidarische , aber auch kritische Grundhaltung haben.

33
34 Die politische Stimmung in Deutschland ist in vielen Bereichen vergiftet. Rechtspopulisten,
35 bis Rechtsextreme, Verschwörungstheoretiker, „Besorgte Bürger“, Wohlstandschauvinisten,
36 Evangelikale und andere sogenannte „Verteidiger des christlichen Abendlandes“ haben in
37 den letzten Jahren wesentlich dazu beigetragen. Angesichts der so genannten
38 „Flüchtlingskrise“ wollen nicht wenige Bürger*innen, aber auch auch Politiker*innen, am
39 liebsten ihre Augen verschließen und Geflüchteten die Einreise verwehren, gegebenenfalls
40 auch mit Waffengewalt. Auf Bundesebene ist man gewillt Menschenrechtsverletzungen in
41 Staaten, wie zum Beispiel der Türkei, zu ignorieren, nur um sich nicht selber die „Finger
42 schmutzig zu machen“. Wir Jusos werden nicht die Augen davor verschließen, wenn die
43 humanistischen und weltoffenen Werte für die Europa steht, durch Grenzzäune,
44 Schießbefehle und Unterdrückung mit Füßen getreten werden.

45
46 Sachsen-Anhalts größtes soziales und gesellschaftliches Problem sind nicht die zumeist
47 jungen Flüchtenden, sondern ist der demografische Wandel. Wir sehen die Integration von
48 Flüchtenden als Chance für Sachsen-Anhalt und werden den politisch Verantwortlichen bei
49 diesem Thema sehr genau auf die Finger schauen.

50
51
52
53 Abstimmungen:
54 Weitergeleitet an:

Angenommen/ Abgelehnt:

Antragsbereich B - Bildung und Wissenschaft

1 Antrag: B1
2
3 Antragssteller: SV Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, AfB Sachsen-Anhalt
6

7 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

Grundkenntnisse der Kinder- und Jugendhilfe in der Lehrer*innenausbildung besser verankern

9
10
11
12 Um eine bessere Verzahnung von Bildungs-, Erziehungs- und Hilfeleistungen im Sinne der Kinder-
13 und Jugendlichen, in Sachsen-Anhalts Schulen, auch in der täglichen Praxis zu erreichen, sollen
14 Grundkenntnisse der Strukturen, Handlungsweisen und Zuständigkeiten der Kinder- und
15 Jugendhilfe besser in der Lehrer*innenausbildung wie auch Fortbildung verankert werden.
16

Begründung:

17
18
19 Die Implementierung von Schulsozialarbeit in den letzten Jahren hat für eine engere Verzahnung
20 des Schulsystems mit dem der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) beigetragen. Wesentlicher
21 Gründe sind der Anstieg von Schuldelinquenz und Schulversagen. Jedoch umfasst die Kinder- und
22 Jugendhilfe weitere bedeutende Angebote und Leistungen.
23

24 Als bundesweites System von außerschulischen Bildungs-, Freizeits- und vor allem
25 Hilfeleistungen, besteht der Geltungsbereich der Angebote für alle Kinder- und Jugendlichen von
26 6-27 Jahren. Im Landesschulgesetz sind einige Schnittstellen zur Kinder- und Jugendhilfe
27 enthalten. Zu nennen ist vor allem der §38(3), der im Rahmen der Kindeswohlgefährdung
28 oberflächliche Bezüge herstellt.
29

30 Schüler*innen sind in erster Linie Kinder- und Jugendliche. Um ihnen eine umfassende Bildung
31 und Erziehung zu gewährleisten und in ihren Lebens- und Problemlagen, angemessen Hilfe,
32 Beratung und Unterstützung zu gewähren, ist es unabdingbar das die Lehrkräfte in Sachsen-
33 Anhalt, Grundkenntnisse über Strukturen, Zuständigkeiten und Logiken der Kinder- und
34 Jugendhilfe besitzen.
35

36 Die Lehrkräfte müssen von ihrer Ausbildung an, für Bedarfssituationen, für den Hilfefall aber auch
37 in Ergänzung und Unterstützung des Bildungs- und Erziehungsauftrages, darauf vorbereitet
38 werden, welche Systeme greifen und angesprochen werden, wenn bspw. Schüler*innen
39 Verhaltensauffälligkeiten zeigen, wenn das Elternhaus nicht mehr die Sorge für ihr Kind tragen darf
40 oder kontinuierlicher Leistungsabfall oder Schuldelinquenz ihre Ursache im sozialen und
41 emotionalen Gefüge haben.
42

43 Die Vorbereitung aller Lehrkräfte auf ein professionelles pädagogisches Handeln und das Wissen
44 um Partner*innen außerhalb der Schule muss ebenso wesentlicher Bestandteil der Aus- und
45 Fortbildung sein weil, Lehrerinnen und Lehrer einen wesentlichen Teil der Kindheit und Jugend der
46 Schüler*innen begleiten und ein effektives Zusammenspiel aller staatlichen und freien Bildungs-
47 Erziehungs- und Hilfsinstitutionen letztlich im Sinne des Erziehungs- und Bildungsauftrag des
48 Landesschulgesetzes §1 und dem §1 SGB VIII, Recht auf Erziehung, Elternverantwortung,
49 Jugendhilfe, dem positiven Heranwachsen aller Kinder- und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt dient.
50
51
52
53
54

55 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
56 Weitergeleitet an:

Antragsbereich B - Bildung und Wissenschaft

1 Antrag: B2
2
3 Antragssteller: SV Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesparteitag
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Graduiertenförderung – keine zwei Klassen Stipendien**

10
11 Die letzte Novelle der Landesgraduiertenförderung hat viele sehr wichtige und sinnvolle
12 Veränderungen, z.B. in Bezug auf Dauer, Höhe und Zuverdienstmöglichkeiten, gebracht. Diese
13 gelten jedoch bisher nur für neu aufgenommene Stipendiat*innen. Dies gilt es zügig zu verändern.
14 Die Bedingungen sind daher rückwirkend und vollständig für ausnahmslos alle Stipendiat*innen an
15 die neuen Regelungen anzupassen.
16

17 **Begründung:**

18
19 Die Neuregelungen, die ausnahmslos sinnvoll sind und die Realität der Bedürfnisse von
20 Promovierenden besser abbilden, sind für das Gelingen von Promotionsvorhaben von elementarer
21 Bedeutung. Es ist daher unverständlich, dass die Neuregelungen allein für seit diesem Jahr
22 aufgenommene Personen gelten und bisher bereits geförderte Personen von diesen
23 Verbesserungen ausgenommen sind. Zwar würden hier durch höhere Sätze und Vereinfachte
24 Verlängerungen auch Mehrkosten entstehen – nicht jedoch z.B. bei einer Vereinheitlichung auf die
25 erhöhten Zuverdienstgrenzen – zum einen sind diese aber verglichen mit der Investition in junge,
26 gut ausgebildete Menschen im Land gering, und zum anderen für eine gerechte Ausgestaltung der
27 Förderung in Kauf zu nehmen.
28
29
30
31

32 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
33 Weitergeleitet an:

Antragsbereich B - Bildung und Wissenschaft

1 Antrag: B3
2
3 Antragsteller: Jusos Halle
4
5 Weiterleitung an: SPD-Fraktion
6

7 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen-Anhalt möge beschließen:
8

Erneuerung des Lehramtes

9
10
11 Die SPD-Landtagsfraktion soll die Möglichkeiten von Pilotprojekten für die Neukonzeptionierung
12 des Lehramtes erarbeiten. Dabei darf es keine negativen Auswirkungen auf die Akkreditierung der
13 Studienabschlüsse geben. Hierzu soll das zuständige Ministerium in Zusammenarbeit mit den
14 Hochschulen und dem Zentrum für Lehrerbildung bis 2018 konkrete Möglichkeiten ausarbeiten und
15 für die Universität bereitstellen.
16

Begründung:

17
18
19 Ein wichtiger Grund ist die nach wie vor fehlende Attraktivität des Lehramtes, insbesondere in den
20 so gewünschten MINT-Fächern. Zukünftige Student*innen werden häufig durch die Anforderungen
21 des Studiums abgeschreckt. Wenn sie sich doch für das Studium entscheiden, stehen sie einem
22 sehr hohen fachwissenschaftlichen Studium mit einem gleichzeitig zu niedrigem Anteil an Didaktik
23 und einem ‚geschützten Raum‘ für das Ausprobieren gegenüber.
24

25 Das führt zu Effekten wie dem Praxis-Schock im Referendariat und einer fehlenden
26 Aufgeschlossenheit gegenüber fortschrittlichen Methoden. Stattdessen ist, wie mit der Konstanzer
27 Wanne empirisch gezeigt, ein Zurückfallen der Junglehrer*innen in konservative Methoden wie
28 Frontalunterricht, autoritärer Disziplinierung und Strafarbeiten zu beobachten.

29 Um diesem entgegenzuwirken muss das Modell des Lehramtsstudium erneuert werden. Es gibt
30 durchaus progressive Professor*innen in den einzelnen Fakultäten, allerdings fürchten sie den
31 ‚bürokratischen Aufwand‘ der durch die Einführung von Pilotprojekten entsteht. Dadurch fehlen
32 neue Impulse die sich wiederum schlecht auf die Lehre insgesamt aus.
33

34 Andere Bundesländer haben bereits ihre Lehramts-Studien modernisiert und sind damit recht
35 erfolgreich, zum Beispiel Thüringen. Allerdings kommt es auf den politischen Willen an die
36 Studienordnungen zu erneuern, da die Universität hier eher in einem Dienstleisterverhältnis steht.
37
38
39
40
41

42 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
43 Weitergeleitet an:

1 Antrag: C1
2
3 Antragssteller: LAK gegen Rechtsextremismus über Juso-Landesvorstand
4
5 Weiterleitung: Landesparteitag der SPD Sachsen-Anhalt zur Weiterleitung an die
6 SPD-Landtagsfraktion
7

8 **Aufnahme einer Antirassismus-Klausel in die Landesverfassung**

9
10 Die Jusos Sachsen-Anhalt setzen sich für eine freiheitliche und pluralistische Demokratie
11 und gegen rassistische und menschenfeindliche Einstellungs- und Handlungsformen ein.
12

13 Dafür soll der Kampf gegen rassistische und menschenverachtende Kräfte und der Schutz
14 einer vielfältigen Gesellschaft verfassungsrechtlichen Rückhalt erfahren. Nach dem Vorbild
15 des Landes Brandenburg sollen folgende Änderungen der Landesverfassung Sachsen-
16 Anhalts erfolgen:
17

- 18 • Dem Artikel 2 Absatz 1 ist folgender Satz hinzuzufügen: „Das Land schützt das friedliche
19 Zusammenleben der Menschen und tritt der Verbreitung rassistischen und
20 menschenfeindlichen Gedankenguts entgegen.“

- 21 • Artikel 7 Absatz 3 ist wie folgt zu fassen: „Niemand darf wegen der Abstammung,
22 Nationalität, Sprache, des Geschlechts, der sexuellen Identität, sozialen Herkunft oder
23 Stellung, einer Behinderung, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen
24 Überzeugung oder aus rassistischen Gründen bevorzugt oder benachteiligt werden.“
25

26 **Begründung:**

27
28 Das Land Sachsen-Anhalt steht in besonderer Verantwortung eine Wiederbelebung
29 rassistischer und menschenverachtender Ideologien zu verhindern.
30

31 Das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit sowie das
32 Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus unterstützen dabei gesellschaftliches
33 Engagement gegen Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogener
34 Menschenfeindlichkeit. Eingedenk der Anerkennung dieser Landesstrategien bedarf es einer
35 Antirassismus-Klausel als ein klares symbolpolitisches aber auch verfassungsrechtliches
36 Signal für die Verwaltungspraxis, Rechtsprechung und Bevölkerung, dass rassistisches und
37 menschenfeindliches Gedankengut eine Gefahr für das demokratische Gemeinwesen
38 darstellt.
39

40 Die Veränderung des Artikels 2 Absatz 1 reagiert u.a. auf die durch Brandanschläge und
41 Übergriffe auf Minderheiten anwachsende Sichtbarkeit rassistischer und
42 menschenfeindlicher Einstellungen. Die vorgeschlagene Antirassismus-Klausel nimmt
43 Impulse der europäischen Rechtsprechung auf (z.B. aus dem Rahmenbeschluss 2008/913/JI
44 des Rates vom 28.11.2008) und sichert für das Land Sachsen-Anhalt eine
45 verfassungsrechtliche Legitimation für die Auseinandersetzung mit rassistischen und
46 menschenfeindlichen Ideologiemomenten und Aktivitäten.
47

48 Die Änderung des Artikels 7 Absatz 3 zielt auf die Streichung der für sich rassistischen
49 Konstruktion „Rasse“. Deren Nennung in der Rechtspraxis ist nach Empfehlung des
50 Deutschen Instituts für Menschenrechte nicht mehr zeitgemäß, da rassistische
51 Stereotypisierungen reproduziert werden. Es wird vorgeschlagen den Artikel dahingehend zu
52 ändern, dass der Begriff „Rasse“ gestrichen wird und durch die Einfügung „oder aus
53 rassistischen Gründen“ sinngerecht ersetzt wird.
54

Antragsbereich C - Innen-, Außen- und Kommunalpolitik

1
2
3
4
5
6

Abstimmungen:
Weitergeleitet an:

Angenommen/ Abgelehnt:

1 Antrag: C2
2
3 Antragssteller: Jusos Halle und LAK gegen Rechtsextremismus
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag LSA zur Weitergabe an die SPD-
6 Landtagsfraktion LSA
7

8 **Einsetzung eines NSU-Untersuchungsausschusses in Sachsen-Anhalt**

9

10 Die SPD-Landtagsfraktion LSA wird aufgefordert, sich für die Einsetzung eines
11 Untersuchungsausschusses bzgl. der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“,
12 Ihrem strafrechtlichen Handelns, sowie Ihres Umfeldes und aller Unterstützer*innen in
13 Sachsen-Anhalt gemäß Untersuchungsausschussgesetz – UAG einzusetzen.
14

15 **Begründung:**

16
17 Noch immer ist es den meisten Menschen nicht begreiflich, wie es möglich sein kann, 13
18 Jahre lang unentdeckt eine Terrorzelle aufzubauen und mehrere Anschläge, sowie Morde zu
19 begehen.

20 Auch wenn in Sachsen-Anhalt direkt keine Anschläge verübt worden sind, so ist davon
21 auszugehen, dass auch hier Unterstützer*innen lebten und indirekt die Terrorgruppe
22 unterstützt wurde.

23 Neben der nachgewiesenen Bekanntschaft zwischen Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe zu
24 dem V-Mann Corelli, flüchtete Beate Zschäpe, nach dem Doppel-Suizid ihrer Komplizen, 4
25 tagelang in mehrere deutsche Städte zu Unterstützer*innen. Zweimal kam sie so auf Ihrer
26 Flucht nach Halle und einmal nach Magdeburg. Doch wer waren die Unterstützer*innen?
27 Wer hat Sie mit Geld versorgt und sie versteckt?

28
29 Welche Rolle spielte der V-Mann Corelli?

30
31 Diese Fragen muss ein Untersuchungsausschuss in Sachsen-Anhalt beantworten.
32
33
34
35
36
37
38

39 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
40 Weitergeleitet an:

1 Antrag: C3

2

3 Antragsteller: Jusos Halle

4

5 Weiterleitung an: SPD Landesparteitag zur Weiterleitung an Bundesparteitag der SPD
6 und SPD Bundestagsfraktion

7

8 Die Juso- Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

9

10 **Kein besonderer Schutz für Staaten und Staatsorgane**

11

12 Die Paragraphen 90 StGB und 90a StGB sowie 103 StGB und 104 StGB sollen ersatzlos
13 gestrichen werden.

14

15 **Begründung:**

16

17 Der §90 StGB der die Verunglimpfung des Bundespräsidenten bestraft schützt nicht die
18 Person sondern das Amt des/der Bundespräsident*in das Amt selber nimmt jedoch durch
19 Verunglimpfungen keinen Schaden und die Person des/der Bundespräsident*in kann gegen
20 die Verunglimpfung wenn sie die Voraussetzungen einer Beleidigung erfüllt immer noch
21 strafrechtlich vorgehen.

22

23 Der Schutz des Beleidigungsparagraphen muss hier ausreichen, da eine Verunglimpfung
24 sich wohl zum größten teils auf das Amt in Verbindung mit der Person richtet und daher auch
25 keine große Strafbarkeitslücke entsteht. Das Amt selbst ist nicht schutzwürdiger als jedes
26 andere öffentliche Amt. Die Repräsentationsfunktion alleine kann keine besondere
27 Schutzwürdigkeit hervorrufen, die über den Schutz der persönlichen Ehre welcher aus der
28 Menschenwürde erwächst hinausgeht.

29

30 Auch ausländische Würdenträger*innen und Organe sind nicht über den durch den
31 Beleidigungsparagraphen gewährten Schutz hinausgehend schutzwürdig.

32

33 Der Staat selber kann sich ebenfalls nicht auf eine besondere Schutzwürdigkeit bei
34 Verunglimpfungen, die unter der Schwelle der Verfassungsfeindlichkeit bleiben, berufen. Der
35 Staat und der damit verbundene öffentliche Frieden sind durch die bloße Verunglimpfung
36 nicht in ihrem Bestand gefährdet, weshalb die Strafwürdigkeit der Verunglimpfung nicht
37 ersichtlich ist.

38

39 Ähnlich verhält es sich beim Schutz von Flaggen und Hoheitszeichen ausländischer Staaten.
40 Flaggen und Hoheitszeichen sind über andere Paragraphen (Diebstahl und
41 Sachbeschädigung) bereits ausreichend geschützt sowie in besonderen Fällen auch über
42 den Volksverhetzungsparagraphen, ein darüber hinausgehendes Schutzwürdigkeit ist auch
43 hier nicht erkennbar.

44

45

46

47

48 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:

49 Weitergeleitet an:

1 Antrag: C4
2
3 Antragssteller: Jusos Halle
4
5 Weiterleitung an: SPD Landesparteitag zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag
6

7 **Reform des Mordparagraphen**

8
9 Die Bundestagsfraktion soll sich für eine tatsächliche Reform des Mord-, sowie des
10 Totschlagsparagraphen einsetzen.

11
12 Hierbei sollen die bestehenden Mordmerkmale, insbesondere der niederen Beweggründe
13 und der Heimtücke überarbeitet werden. Die erhöhte Strafwürdigkeit von bestimmten
14 Motiven, kann über die Schaffung von Regelbeispielen und die damit einhergehende
15 Strafzumessung gelöst werden.

16 17 **Begründung:**

18
19 Die Reformbedürftigkeit des Mordparagraphen ist relativ unumstritten, die Frage wie ist
20 jedoch höchststrittig. Die bisherige Rechtslage, die bei einem verwirklichten Mordmerkmal
21 nur eine Strafe vorsieht und zwar eine lebenslange Freiheitsstrafe, ist durch die
22 Rechtsprechung schon stark ausgehöhlt worden. Dies trifft vor allem auf das Merkmal der
23 Heimtücke zu, welches in ständiger Rechtsprechung des BGH bereits stark eingeschränkt
24 ist.

25
26 Ein anderes Mordmerkmal welches immer wieder in der Diskussion steht, ist das der
27 niederen Beweggründe, eingeführt von den Nazis um politisch Andersdenkende zu
28 verfolgen, ist es zu unbestimmt. Im Grunde genommen ist es, mit leichten Einschränkungen,
29 dem Richter überlassen was er, wie es in der Definition heißt, als auf sittlicher und moralisch
30 tiefster Ebene stehend, empfindet. Die Notwendigkeit von Delikten die aus Hass begangen
31 werden, wie Verbrechen aus Rassismus, Homophobie und anderen menschenfeindliche
32 Einstellungen, scharf bestraft werden müssen, ist klar gegeben. Es muss jedoch gelingen
33 bestimmter zu fassen wann die dafür nötigen Voraussetzungen erfüllt sein sollen, dies folgt
34 auch schon aus dem Bestimmtheitsgrundsatz des Grundgesetzes.

35
36 Durch die theoretisch einzige Möglichkeit, bei Verwirklichung einer der Merkmale, eine
37 lebenslange Freiheitsstrafe zu verhängen, ist eine Tat und Schuld im individuellen Einzelfall
38 angemessene Strafe nur schwer möglich. Durch die Zusammenführung der beiden
39 Straftatbestände und die Regelung in welchen Fällen ein besonders schwerer Fall (dies
40 wäre dann Mord) vorliegt, kann dieses Problem, unter Umgehung von rechtlich zum Teil
41 schwierigen Konstruktionen des BGH, verhindert werden.

42
43
44
45
46
47
48
49
50

48 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
49 Weitergeleitet an:

1 Antrag C6
2
3 Antragssteller: Jusos Halle
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag
6 und die SPD-Bundestagsfraktion
7

8 **Massentötung von männlichen Küken beenden**

9

10 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert:

- 11
- 12 • Der Stoßrichtung der Länder Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen zu folgen und
13 einen Gesetzentwurf zur Änderung des Tierschutzgesetzes sowie der
14 Tierschutzschlachtverordnung vorzulegen, der klarstellt, dass das Töten männlicher
15 Küken spezialisierter Legerassen aus wirtschaftlichen Erwägungen keinen
16 vernünftigen Grund entsprechend des Tierschutzgesetzes darstellt und demnach
17 untersagt wird
 - 18
 - 19 • Die Entwicklung praxistauglicher Verfahren zur Geschlechtsbestimmung im Ei für
20 eine flächendeckende Anwendung in Brütereien zu fördern und Förderprogramme
21 aufzulegen, um kleinen und mittelständischen Brütereien die Investition in technische
22 Anlagen zur Geschlechter-Früherkennung im Ei zu erleichtern
- 23

24 **Begründung:**

25

26 In Deutschland werden in der Legehennenproduktion jedes Jahr rund 45 Millionen
27 männliche Küken ohne Grund direkt nach dem Schlüpfen getötet. Als Nachkommen von auf
28 Höchstleistungen gezüchteten Legehennen können die männlichen Eintagsküken
29 naturgemäß nicht zur Eierproduktion verwendet werden und setzen als Masthähnchen zu
30 wenig Fleischmasse an. Für die Hühnerindustrie sind sie daher nutzlos und werden kurz
31 nach dem Schlüpfen in Schreddermaschinen getötet.

32

33 Die Tiere werden aus ökonomischen Gründen zur Vermeidung wirtschaftlicher Verluste
34 getötet, weil sie im Vergleich zu Tieren aus Mastrassen eine längere Mastdauer, eine sehr
35 geringe Mastleistung bei gleichzeitig höherem Futteraufwand und einen sehr geringen Anteil
36 an Brustmuskelfleisch aufweisen. Diese jahrelang angewandte und behördlich bislang
37 geduldete Tötungspraxis basiert auf einer Ausnahmeregelung und ist mit den Grundsätzen
38 des Tierschutzgesetzes nicht vereinbar.

39

40 Als erstes Bundesland mit Grünem Landwirtschaftsminister hatte Nordrhein-Westfalen durch
41 einen Erlass an die Veterinärbehörden die Debatte um eine Unterbindung des Kükentötens
42 bereits im September 2013 ins Rollen gebracht. 2015 hat der Bundesrat mit großer Mehrheit
43 einem Antrag aus Nordrhein-Westfalen zugestimmt, der das Töten von männlichen
44 Eintagsküken schnell und gesetzlich verbindlich unterbinden soll.

45 Die Änderung verbietet das Töten von Tieren aus ökonomischen Gründen, ohne
46 vernünftigen Grund.

47 Auch aus Niedersachsen kam, ebenfalls von einem Grünen Landwirtschaftsminister, der
48 Vorstoß zur Unterbindung der Kükentötung.

49 Auf Bundesebene wird als Alternative zur Kükentötung derzeit die frühzeitige
50 Geschlechtsbestimmung im befruchteten Hühnerei mittels Infrarot-Spektroskopie favorisierte.
51 Diese ändert jedoch nichts am System, in dem die männlichen Küken als
52 nicht lebenswerter Ausschuss angesehen und behandelt werden, kann jedoch eine
53 humanere Übergangslösung sein.

54
55

Antragsbereich C - Innen-, Außen- und Kommunalpolitik

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10

Abstimmungen:

Angenommen/ Abgelehnt:

Weitergeleitet an:

1 Antrag: C7
2
3 Antragssteller: Jusos Halle
4
5 Weiterleitung an: Landesparteitag und die SPD-Landtagsfraktion
6

7 **Tauben sind keine Schädlinge**
8

9 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine Streichung des §1 Absatz 1 Nr. 2 d
10 der Verordnung über die Feststellung und Bekämpfung eines Befalls mit tierischen
11 Schädlingen (Schädlingsbekämpfungsverordnung – SchädBekVO) einzusetzen.
12

13 **Begründung:**
14

15 Neben Mecklenburg-Vorpommern ist Sachsen-Anhalt das einzige Bundesland, welches
16 weiterhin Tauben als Schädlinge definiert. So wird die Tötung und Bekämpfung von Tauben
17 vereinfacht, jedoch nicht das Grundproblem behandelt.
18

19 Schon 1989 erklärte der ehemalige Präsident des Bundesgesundheitsamtes Prof. Dr. Dieter
20 Großklaus: „Eine gesundheitliche Gefährdung durch Tauben ist nicht größer als durch Zier-
21 und Wildgeflügel, sowie durch Nutz- und Liebhabertiere“.
22

23 Dies bestätigte 2001 das damalige Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz
24 und Veterinärwesen (seit 2002 Bundesamt für Verbraucherschutz und
25 Lebensmittelüberwachung.)
26
27
28
29
30
31

32
33 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
34 Weitergeleitet an:

1 Antrag: C8
2
3 Antragssteller: Jusos Halle
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag LSA zur Weiterleitung an den SPD-
6 Bundesparteitag
7

8 **Tierschutz ist Erziehung zur Menschlichkeit** 9

10 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert:

11
12 1.) Tieren in der Landwirtschaft ein würdiges Dasein zu ermöglichen :

- 13
14 • Regelungen zu schaffen, die die landwirtschaftlichen Produktionsweisen an die
15 Bedürfnisse der Tiere anpassen – statt umgekehrt.
16 • Das Enthornen von Rindern, das Abkneifen der Ringelschwänze
17 • bei Schweinen und das Kupieren von Schnäbeln bei Geflügel verbieten
18 • Die Tiere müssen in den Ställen genug Platz, Auslauf und Beschäftigung haben.
19 • Die personelle Ausstattung der Veterinärämter und der Gewerbeaufsicht muss
20 verbessert werden.
21

22 2.) Haltung von Heimtieren und Situation der Tierheime verbessern

- 23
24 • Konsequentes Vorgehen gegen den illegalen Welpenhandel, dies kann durch eine
25 Anpassung der Tierseuchenbestimmung und per bundesweiter Rechtsverordnung mit
26 Vorschriften zur Kennzeichnung und Registrierung von Haustieren erfolgen.
27 • Um die unkontrollierte, unerwünschte Fortpflanzung von freilaufenden Katzen
28 einzudämmen, muss im Tierschutzgesetz eine bundesweite, flächendeckende
29 Regelung zur Kastration getroffen werden.
30 • Schaffung eines Hilfsfonds für Tierheime und Gnadenhöfe, um die öffentlichen
31 Aufgaben der Länder und Kommunen weiterhin wahrnehmen zu können.
32

33 3.) Haltung von Wildtieren verbessern

- 34
35 • Die Tierhaltung im Zirkus ist zu verbessern. Zirkusunternehmen sollen nur noch die
36 Tiere halten dürfen, die dort art- und bedürfnisangemessen ernährt, gepflegt und
37 verhaltensgerecht untergebracht werden können. Diese müssen per Positivliste
38 benannt werden. Wildtiere haben im Zirkus nichts zu suchen.
39 • Die Haltung von Delfinen in Deutschland sowie deren Einfuhr muss untersagt werden
40 • Umsetzung eines neuen Säugetiergutachtens, sowie dessen Wirksamkeit regelmäßig
41 prüfen und rechtsverbindliche Regelungen zur artgerechten Haltung von Tieren in
42 Zoos zu erlassen
43 • Die Erlaubnisanforderung für Tierbörsen muss verschärft werden und der Import von
44 exotischen Tieren und Wildfängen muss verboten werden.
45 • Pelzfarmen in Deutschland verbieten und für ausländische Produkte muss eine
46 einfache Kennzeichnung eingeführt werden, woran ein*e Konsument*in sofort
47 erkennt, ob es sich um Fell und was für Fell es sich handelt.
48

49 4.) Verbraucherschutz und Tierschutz endlich ernst nehmen:

- 50
51 • Eine verlässliche und transparente Tierhaltungskennzeichnung für alle Lebensmittel
52 und eine Herkunftskennzeichnung für Fleisch muss eingeführt werden, damit die
53 Konsumenten auf einen Blick erkennen können, wie die Tiere gehalten wurden.
54 • Import-Verbot von Produkten der Nachkommen geklonter Tiere
55 • Verbrauchertäuschende Werbung und Produktaufmachungen, die Auslauf und

- 1 tiergerechte Haltung vorgaukeln sind zu verbieten.
2 • Die unterschiedliche Besteuerung von Kuhmilch und pflanzlicher Milchdrinks (wie
3 Soja-, Reis- oder Haferdrinks) ist aufzuheben, so dass pflanzliche Milch nicht länger
4 höher besteuert wird
5 • Brandzeichen bei Pferden, den sogenannten Schenkelbrand sind zu untersagen. Es
6 gibt keinen vernünftigen Grund, Pferden Verbrennungen dritten Grades zuzuführen,
7 zumal es zuverlässigere Kennzeichnungsmethoden gibt, die gesetzlich
8 vorgeschrieben sind.
9

10 **Begründung:**

11
12 Tiere empfinden Schmerzen, Leid und Angst. Der Schutz der Tiere ist seit 2002 als
13 Staatsziel im Grundgesetz verankert. Daraus erwächst für die Bundesregierung die Pflicht,
14 Tiere um ihrer selbst willen und aus der Verantwortung des Menschen für das Tier als
15 Mitlebewesen zu schützen.

16 Doch geändert hat sich in der Praxis seither wenig. Die Regelungen im Tierschutzgesetz
17 stammen zum Großteil aus der Zeit, bevor Tierschutz zum Verfassungsziel erhoben wurde.

18 Im Dezember 2012 hat die schwarz-gelbe Koalition eine Novelle des Tierschutzgesetzes
19 vorgenommen. Sie hätte damit viele Missstände beenden können und müssen.

20 Stattdessen hat sie die Probleme entweder ignoriert oder bestehende Regelungen
21 verwässert.

22 Die Zeit des Wegduckens ist vorbei. Es bedarf mehr als nur wohlklingender Worte, um das
23 Leben der in Deutschland gehaltenen Tiere tierrgerecht und ethisch vertretbar zu gestalten.

24 Statt wolkiger Worte muss die Bundesregierung durch Taten zeigen, dass sie sich ihrer
25 grundgesetzlich festgelegten Verantwortung bewusst ist, Tiere vor Leid zu bewahren.
26
27
28
29
30
31

32 Abstimmungen:
33 Weitergeleitet an:

Angenommen/ Abgelehnt:

1 Antrag: C9
2
3 Antragssteller: Jusos Halle
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag und SPD-Bundesparteitag zur Weitergabe an die
6 SPD-Bundestagsfraktion und die S&D Fraktion
7

8 **Tierversuche beenden!**

9

10 Die SPD-Bundestagsfraktion und die S&D Fraktion im Europäischen Parlament werden
11 aufgefordert jegliche Tierversuche abzuschaffen und sich für Alternativen einzusetzen.
12

13 **Begründung:**

14

15 In rund 20 deutschen und europäischen Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien sind nach
16 wie vor Tierversuche vorgesehen, z.B.: Arzneimittelgesetz, Chemikaliengesetz,
17 Futtermittelgesetz, Gentechnikgesetz, Infektionsschutzgesetz, Lebensmittel- und
18 Bedarfsgegenständegesetz, Pflanzenschutzgesetz und Tierseuchengesetz. Tiere sind nicht
19 dazu da, dass wir an ihnen experimentieren. Genau wie wir empfinden sie Schmerzen und
20 Angst. Genau wie wir verspüren sie ein übermächtiges Bedürfnis nach Freiheit, den Instinkt
21 ihr Leben und das ihrer Nachkommen zu schützen, nicht in einem kleinen Käfig in einem
22 Versuchslabor eingeschlossen zu sein.
23

24 Alle 3 Sekunden stirbt in einem europäischen Versuchslabor ein Tier. In legalen
25 wissenschaftlichen Experimenten werden Tiere vergiftet, Futter-, Wasser- oder Schlafentzug
26 ausgesetzt, ihre Haut und Augen werden verätzt, sie werden massivem psychischen Stress
27 ausgesetzt, absichtlich mit Krankheiten infiziert, ihr Gehirn wird beschädigt, sie werden
28 gelähmt, operativ verstümmelt, bestrahlt, verbrannt, vergast, zwangsgefüttert, bekommen
29 Stromschläge und werden getötet. All dies passiert Millionen von Tieren jährlich.
30

31 Tierversuche sind grausam und wissenschaftlich ungenau. Sie verschwenden immense
32 Summen öffentlicher Gelder, verzögern medizinischen Fortschritt und behindern unser
33 Verständnis von menschlichen Krankheiten. So wurde z.B. die Erforschung von Krankheiten
34 wie Polio, Herzinfarkt und Diabetes massiv dadurch verzögert und beeinträchtigt, dass wir
35 diese Krankheiten zunächst an anderen Spezies als dem Menschen studiert haben.
36

37 Unzählige Studien haben gezeigt, dass Tierversuche nicht in der Lage sind, menschliche
38 Reaktionen auf Krankheiten oder Medikamente präzise vorauszusagen, manchmal versagen
39 sie sogar zu über 25%, es könnte also durchaus sicherer sein, eine Münze zu werfen!
40 92% aller neuen Medikamente fallen in klinischen Versuchen durch, nachdem sie im
41 Tierversuch bestanden haben. Das ist ein ernster Weckruf: wir müssen uns weiterentwickeln
42 anstatt weiterhin blind Leuten zu vertrauen, die ganz eigene Interessen daran haben,
43 Tierversuche weiterhin durchzuführen.
44

45 Es ist an der Zeit, den Sprung zu humanen, effizienten und modernen tierversuchsfreien
46 Testmethoden zu vollziehen. Damit können wir wirklich relevante und zuverlässige
47 Ergebnisse erzielen, ohne weiterhin furchtbares Leid zu verursachen.
48
49
50

51
52 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
53 Weitergeleitet an:

1 Antrags: C11
2
3 Antragssteller: Jusos Halle
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag LSA zur Weiterleitung an den SPD-
6 Bundesparteitag.
7

8 **Bundesweites Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine**

9

10 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich für ein bundesweites Verbandsklagerecht
11 einzusetzen.
12

13 **Begründung:**

14
15 Die Verbandsklage ist eine Form der Popularklage, bei der Vereine oder Verbände die
16 Klagebefugnis zugesprochen erhalten, nicht die Verletzung eigener Rechte geltend zu
17 machen, sondern solcher der Allgemeinheit.
18

19 Tiere sind laut Grundgesetz besonders zu schützen. Politiker*innen und Behörden sollen
20 diesen Schutz in der Praxis durchsetzen. Doch die Realität spricht eine andere Sprache:
21 Noch immer müssen die Tiere in der Forschung, Agrarindustrie, in Zirkussen und sogar in
22 der Heimtierzucht leiden.
23

24 Wo Politiker*innen und Behörden nicht willens oder in der Lage sind, dagegen vorzugehen,
25 müssen seriöse Tierschutzverbände das Recht haben, den Schutz, der den Tieren zusteht,
26 direkt vor Gericht einzuklagen. Wir brauchen die Verbandsklage für seriöse
27 Tierschutzvereine.
28

29 Im Umweltschutz dürfen autorisierte Verbände längst zugunsten der Naturerhaltung klagen.
30 Den Tieren, unseren Mitgeschöpfen, die Schmerzen und Leiden ähnlich empfinden wie wir
31 selbst, darf der vergleichbare Schutz nicht länger vorenthalten werden!
32

33 Mit großer Mehrheit haben Bundestag und Bundesrat 2002 für das Staatsziel Tierschutz im
34 Grundgesetz gestimmt. Politiker*innen, die es mit dem Tierschutz ernst meinen, müssen jetzt
35 auch die Tierschutz-Klage unterstützen.
36

37 Seither wird in zahlreichen Landtagen darüber beraten, die Verbandsklage auf Landesebene
38 einzuführen. 2007 hat sich Bremen als erstes Bundesland dafür entschieden.
39 Vorausgegangen war unter anderem ein vom Bremer Tierschutzverein initiiertes
40 Bürgerantrag, der in der Bevölkerung eine überwältigende Zustimmung fand. 2013 folgten
41 Hamburg, Nordrhein-Westfalen und das Saarland, 2014 haben Rheinland-Pfalz und
42 Schleswig-Holstein die Einführung des Verbandsklagerechts beschlossen. Im Mai 2015 führt
43 nun auch Baden-Württemberg die Verbandsklage ein. Leider haben sich die
44 Koalitionspartner in Sachsen-Anhalt gegen ein Verbandsklagerecht entschieden.
45
46
47
48
49
50

51 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
52 Weitergeleitet an:

1 Antrag: C12
2
3 Antragssteller: Jusos Halle
4
5 Weiterleitung an: Landesparteitag der SPD Sachsen-Anhalt
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Interkulturelle Öffnung des Bestattungswesens**

10

11 Die Jusos Sachsen-Anhalt setzen sich dafür ein, dass das Bestattungsgesetz des Landes
12 Sachsen-Anhalt dahingehend geändert wird, sodass zukünftig Bestattungen unter
13 Berücksichtigung des Empfindens der Bevölkerung und der Glaubensgemeinschaft, der die
14 zu Bestattenden angehörten, vorgenommen werden können.
15

16

16 **Begründung:**

17

18 Gemäß islamischer und jüdischer Tradition kommt für der/die Verstorben*e nur eine sarglose
19 Erdbestattung in Frage, d.h. der/die Verstorben*e wird in Tücher gehüllt der Erde übergeben.
20 Eine Änderung des Bestattungsgesetzes wird den berechtigten Interessen eines nicht
21 unerheblichen Teils der Bevölkerung gerecht.
22

23

24 Die bisherige Lösung, dass Angehörige ihre Verstorbenen im Hinblick auf die bestehende
25 Sargpflicht nicht auf dem Friedhof ihres Wohnorts bestatten, sondern in anderen
26 Bundesländern bestatten, die nicht auf die Sargpflicht bestehen, ist nicht hinnehmbar.

27

28 Zahlreiche Bundesländer haben sich bereits für die Traditionen anderer Kulturen geöffnet.
29 So heißt es in Nordrhein-Westfalen:

30

31 „Nach § 7 Abs. 2 BestG NRW sind, soweit möglich, Voraussetzungen dafür zu schaffen,
32 dass Bestattungen unter Berücksichtigung des Empfindens der Bevölkerung und der
33 Glaubensgemeinschaft, der die zu Bestattenden angehörten, vorgenommen werden
34 können.“

35

36 Eine ähnliche Anpassung des sachsen-anhaltischen Bestattungsgesetzes ist überfällig und
37 sorgt dafür, dass unser Bundesland mehr Weltoffenheit lebt!
38

39

40

41

42

43

44

45

41 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
42 Weitergeleitet an:

1 Antrag: C13
2
3 Antragsteller: Jusos Halle
4
5 Weiterleitung an: Kultusministerium
6

7 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen-Anhalt möge beschließen:
8

9 **Demokratische Jugendarbeit braucht genug Geld**

10
11 Die Zuschüsse an freie Träger, die im KJR organisiert sind, sollen sukzessive erhöht werden.
12 Maßstab sollte dabei sein, dass jedem überregionalen/landesweiten Träger mindestens zwei
13 hauptamtliche Vollzeitstellen mit einer Bezahlung nach Tarifvertrag TVöD finanziert werden,
14 ohne Eigenmittel.

15
16 **Begründung:**

17
18 Das derzeitige Budget liegt bei ca. 1.705.400 EUR/Jahr (2015/Einzelplan 05 S.157). Das ist
19 angesichts der vielen Träger und dem vielfältigen Programm ein zu niedriger Betrag.
20

21 In den meisten Fällen können sich die Vereine dementsprechend keine hauptamtlichen
22 Mitarbeiter*innen finanzieren, sodass die gesamte Organisation an den ehrenamtlichen
23 Mitarbeiter*innen hängenbleibt und sie so weniger Zeit für die wichtigen inhaltlichen Arbeiten
24 haben.

25
26 Da Ehrenamtliche ihr Engagement neben einer Erwerbstätigkeit ausüben, führt dies zu
27 einem schnellen Abflachen ihrer Tätigkeiten. Dies ist gerade in unserer aktuellen Situation
28 fatal. Wir brauchen langfristiges Ehrenamt und vor allem genug Menschen die sich inhaltlich
29 und bildend engagieren können und nicht durch dröge Abrechnungstätigkeiten in ihrem
30 Idealismus gedämpft werden.

31
32 So ist es für Träger oftmals nicht möglich in ihrem Rahmen die Mitwirkenden zu empowern
33 und ihnen Verwaltungstätigkeiten abzunehmen. Insbesondere für den Aufbau von Verbands-
34 Strukturen sind hauptamtliche Mitarbeiter*innen von Bedeutung, da der administrative
35 Aufwand in dieser Phase besonders hoch ist. Dies kann durch hauptamtliche
36 Mitarbeiter*innen bedeutend besser abgedeckt werden und so entsprechend mehr
37 Menschen zum Mitmachen empowernt werden.
38
39
40
41
42
43
44

45 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
46 Weitergeleitet an:

Antragsbereich C - Innen-, Außen- und Kommunalpolitik

1 Antrag: C14

2

3 Antragssteller: Jusos Halle, LAK GIN über Juso-Landesvorstand

4

5 Weiterleitung an: Jusos-Bundeskongress zur Weiterleitung an S&D-Fraktion, S&D-Fraktion

6

7 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8

9 **Schaffung EU-einheitlicher Richtlinie für Verfahren an Gerichten in europäischen**
10 **Ländern, in die Kinder involviert sind**

11

12 Die EU soll eine Richtlinie zur Harmonisierung des Familienrechts, insbesondere unter dem
13 Gesichtspunkt der garantierten Freizügigkeit im Einklang mit dem Schutz von Familie und
14 Kindeswohl, erlassen sowie auf deren zügige Umsetzung durch Transformierung in
15 nationales Recht der einzelnen EU-Mitgliedstaaten hinwirken

16

17 **Begründung:**

18

19 Erfolgt mündlich

20

21

22

23 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:

24 Weitergeleitet an:

25

1 Antrag: C16
2
3 Antragssteller: Jusos Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesparteitag
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Gesetz zur Vorsorge gegen von Hunden ausgehende Gefahr novellieren – Rasselisten**
10 **dabei abschaffen**
11

12 Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert, das in Sachsen-Anhalt existierende seit 2009
13 gültige Gesetz zur Vorsorge gegen von Hunden ausgehende Gefahren (HundeG LSA),
14 dessen letzte Verschärfung, das Zuchtverbot für einige Rassen, erst am 01.März des Jahres
15 2016 in Kraft getreten ist, zu novellieren und dabei insbesondere nachfolgende Punkte
16 umzusetzen:
17

18 Das faktische Zucht- und Handelsverbot für einzelne Tierrassen (Staffordshire Bullterrier,
19 American Staffordshire Terrier, American Pitbull Terrier und Bullterrier) ist vollständig
20 abzuschaffen. Diese Regelung ist auch nicht durch eine ebenfalls rassengebundene
21 Gesetzgebung zu ersetzen, sondern vollends abzuschaffen.
22

23 Gefährlichkeitsprüfungen sollen künftig ohne Ansehen der Rasse erfolgen und alleinig auf
24 dem individuellen (Beiß-)Verhalten der Hunde beruhen. Vorbild für eine solche Regelung
25 könnte zum Beispiel das am dem 01. Januar 2016 in Schleswig-Holstein gültige Gesetz sein.
26

27 Regelungen zur Etablierung von Nachweisen für Haltungskompetenz und Resozialisierung
28 von Hunden sind im Rahmen der Gesetzesnovelle bei vormals gefährlichen Hunden ebenso
29 zu prüfen. Auch hier können die Regelungen aus Schleswig Holstein, die u.a. eine
30 gestaffelte Hundesteuer und teils verpflichtende Kompetenznachweise für Halter*innen
31 beinhalten, Vorbild sein.
32

33 Die in Paragraph 2 der aktuellen Gesetzesvariante geregelten Pflichten zur
34 Hundehalterhaftpflicht und der Kennzeichnung mit einem Transponder sollen auch in der
35 Novelle einen entsprechenden Platz finden und explizit beibehalten werden.
36

37 **Begründung:**
38

39 Das HundeG LSA geht in seiner aktuellen Fassung an Empfehlungen von Expert*innen
40 vorbei und umfasst unter anderem Rasselisten, die Hunde konträr zur Beißstatistik als
41 gefährlich ausweisen, andere aber vollends unberücksichtigt lassen. Resultierend hieraus
42 gelten in Sachsen-Anhalt für vier Hunderassen, die in dieser Statistik jedoch nur hintere
43 Plätze belegen, Zuchtverbote sowie spürbare Handlungsbeschränkungen. Dem entgegen
44 steht jedoch, dass die Einfuhr dieser vier Hunderassen (Staffordshire Bullterrier, American
45 Staffordshire Terrier, American Pitbull Terrier und Bullterrier) weiterhin legal möglich ist, was
46 die Regelung, die eh schon zweifelhaft erscheint, ad absurdum führt.
47

48 Die aktuelle Gesetzgebung ist daher zu novellieren. Vorbild hierbei kann unter anderem die
49 Regelung in Schleswig-Holstein sein, die sowohl von wissenschaftlichen Expert*innen als
50 auch von Interessenvertretungen der Hundehaltenden als sinnvoll angesehen wird. Dies
51 ginge auch mit dem letzten Abschnitt der Forderungen konform, der besonders wichtige und
52 gute Abschnitte des aktuellen Gesetzes für erhaltenswert befindet.
53
54
55

Antragsbereich C - Innen-, Außen- und Kommunalpolitik

1
2
3
4

Abstimmungen:

Angenommen/ Abgelehnt:

Weitergeleitet an:

1 Antrag: C17
2
3 Antragssteller: Jusos Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, S&D Fraktion
6

7 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 Landeswahlrecht für EU-Bürger*innen öffnen

10
11 Im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union soll der § 22 Absatz (1) AEUV so
12 angepasst werden, dass für EU-Bürger*innen, die ihren Wohnsitz in einem Mitgliedstaat,
13 dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, ebenfalls an Landtagswahlen /
14 Regionalwahlen teilnehmen können.

15 Darüber hinaus wird die Landtagsfraktion aufgefordert im Landtag von Sachsen-Anhalt eine
16 Initiative anzustoßen, welche das Landeswahlrecht für EU-Bürger*innen öffnet
17

18 Darüber hinaus soll selbiger Paragraph so angepasst werden, dass Drittstaatenangehörige,
19 die min. seit 5 Jahren in einem EU-Land wohnen, mit einem aktiven Wahlrecht auf
20 kommunaler Ebene ebenfalls politische Teilhabe erfahren.
21

22 Hierfür soll sich über den Bundesparteitag der SPD sowie die SPE eine entsprechende
23 europäische Initiative gründen, welche sich für diese Änderungen einsetzt.
24

25 **Begründung:**

26
27 Insbesondere im Zuge der Auswirkungen der Finanzkrise und den damit verbundenen
28 Auswirkungen auf die Arbeitsmarktsituation in vielen europäischen Staaten sind viele gut
29 ausgebildete Menschen in andere Länder der EU gezogen, da sie dort Arbeit fanden. Dies
30 gilt auch für Deutschland. Da nicht nur auf kommunaler Ebene wesentliche politische
31 Entscheidungen getroffen werden, die die bei uns lebenden EU-Bürger*innen betreffen, sie
32 jedoch an keinerlei Wahlentscheidungen teilhaben können, stellt sich die Frage, in wie fern
33 dies noch zeitgemäß ist. Derzeit ist ein aktives und passives Wahlrecht für EU-Bürger*innen
34 lediglich für die Ebene der Kommunalwahlen möglich. Nach Abschluss des Vertrags von
35 Maastricht fand hierzu eine Änderung des Grundgesetzes in Artikel 28 Absatz 1 Satz 3 statt
36 („...Bei Wahlen in Kreisen und Gemeinden sind auch Personen, die die Staatsangehörigkeit
37 eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft besitzen, nach Maßgabe von Recht
38 der Europäischen Gemeinschaft wahlberechtigt und wählbar. In Gemeinden kann an die
39 Stelle einer gewählten Körperschaft die Gemeindeversammlung treten.“)
40

41 Eine neuerliche Änderung des Art. 28 GG ist auf Bundesebene nicht so ohne weiteres
42 möglich, da dies den Art. 20 tangiert und die ersten 20 Artikel eigentlich nicht geändert
43 werden dürfen entsprechend dem Ewigkeitsprinzip des Art. 79.
44

45 Ein Wahlrecht von Drittstaatenangehörigen auf kommunaler Ebene ist derzeit lediglich in 15
46 EU-Staaten erlaubt. Es ist ebenfalls unterschiedlich geregelt nach einem der folgenden
47 Prinzipien: 1) Aufenthaltsdauer, 2) Registrierung im Wählerverzeichnis, 3) spezieller
48 Aufenthaltsstatus oder 4) Gegenseitigkeit.
49

50 Zu den Pros- und Cons gibt es eine ausführliche Abhandlung über folgenden Link:
51 [http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdoessiers/184440/wahlrecht-fuer-](http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdoessiers/184440/wahlrecht-fuer-drittstaatsangehoerige)
52 [drittstaatsangehoerige](http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdoessiers/184440/wahlrecht-fuer-drittstaatsangehoerige)
53

54
55 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:

1 Weitergeleitet an:

1 Antrag: C18
2
3 Antragssteller: Jusos Halle
4
5 Weiterleitung: Landesparteitag der SPD Sachsen-Anhalt
6

7 **Für eine lebendige Erinnerungskultur in Sachsen-Anhalt – Gegen das Vergessen**

8
9 Die Jusos Sachsen-Anhalt setzen sich für eine lebendige Erinnerungskultur in Sachsen-
10 Anhalt ein.

11
12 Dazu wird die Aufarbeitung der Tatorte des Nationalsozialismus, der stalinistischen
13 Gewaltherrschaft und anderer menschenrechtlicher Verbrechen gezielt gefördert

- 14
15 • Lückenlos sollen alle Orte der Verbrechen erfasst, nach einem ausgearbeiteten
16 Leitfaden eingeordnet und gefördert werden und bei Eignung als Bildungsort
17 ausgebaut werden.
- 18 • Bestehende landeseigene Strukturen, wie die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-
19 Anhalt, die Landeszentrale für politische Bildung und weitere Einrichtungen werden
20 auf diese neue Zielsetzung ausgerichtet.
- 21 • Das Land Sachsen-Anhalt setzt sich zudem dafür ein, dass Gedenkstätten
22 infrastrukturell angebunden sind, damit die Auseinandersetzung mit der Geschichte
23 für möglichst viele Menschen zugänglich ist.
- 24 • In den Lehrplänen soll die Auseinandersetzung mit den Tatorten verankert werden.
- 25 • Organisationen der Geschädigten sollen in den Aufarbeitungsprozess einbezogen
26 werden.
- 27 • An geeigneten Plätzen soll auch an Verbrechen erinnert werden, die außerhalb der
28 genannten Zeitspanne liegen.

29 30 **Begründung:**

31
32 Sachsen-Anhalt wird in die Geschichte eingehen, als Land in dem eine rechtspopulistische
33 Partei aus dem Stand auf dem Niveau einer Volkspartei in den Landtag eingezogen ist.
34 Daher ist es umso wichtiger, dass dem Aufkommen nationalistischer Kräfte eine gelebte
35 Erinnerungskultur entgegengesetzt wird.

36
37 Zahlreiche Orte des Verbrechens warten auf eine angemessene Aufarbeitung. So spielt das
38 KZ-Außenlager Birkhahn in Halle keinerlei Rolle. Dabei wäre eine Gedenkstätte in
39 unmittelbarer Nähe für die politische Bildung von herausragender Bedeutung. Der große
40 Aufwand nach Buchenwald zu fahren wäre verschwunden und so könnten Schüler*innen
41 innerhalb einiger Stunden eine Gedenkstätte besuchen und mit dem „trockenen Lehrstoff“
42 eine persönliche Erfahrung verbinden.

43
44 Auch bestehende Gedenkstätten müssen stärker in den Fokus der Landespolitik rücken. So
45 ist die KZ-Gedenkstätte Lichtenburg nur für Autofahrer*innen und Busse erreichbar. Das
46 Land könnte eine Buslinie zur Gedenkstätte fördern, so dass eine ÖPNV-Anbindung
47 gegeben ist.

48
49 In die Aufarbeitung sollten Organisationen der Geschädigten, wie jüdische Gemeinden und
50 Opfer-Verbände eingebunden werden.

51
52 Die bestehende „Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt“ sieht die Betreuung der wenigen
53 Gedenkstätten als einzige Aufgabe. Das muss sich ändern, beziehungsweise sollte in
54 Zusammenarbeit mit Organisationen der politischen Bildung evaluiert werden um eine

Antragsbereich C - Innen-, Außen- und Kommunalpolitik

1 lebendige Erinnerungskultur zu gewährleisten und so den Rückfall in nationalistische Zeiten
2 verhindern!

3

4

5

6

7

8 Abstimmungen:

Angenommen/ Abgelehnt:

9 Weitergeleitet an:

1 Antrag: C19
2
3 Antragsteller: Jusos Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Anpassung der Renten in Ostdeutschland auf das Niveau in Westdeutschland**

10 Die Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion sollen sich für eine sofortige Anpassung der
11 Renten in Ostdeutschland einsetzen.

12 Des Weiteren müssen, die durch die verzögerte Angleichung bereits entstandenen
13 Ungerechtigkeiten, korrigiert werden.

14 Dies bezieht sich vorrangig auf folgende Punkte
15

- 16 1. Korrektur der Steuerfreibeträge (z.B. die nach §22 Nr 1 Satz 3 Buchstabe a, aa
17 EStG)
- 18 2. Überprüfung des Aufwertungsfaktors der Renten in Ostdeutschland
19

20 **Begründung:**

21
22 Obwohl die Wiedervereinigung nun mehr als ein viertel Jahrhundert her ist, herrscht bei den
23 Bezügen von Renten zwischen Ost- und Westdeutschland noch immer eine riesige
24 Diskrepanz. Klagen gegen diese Ungerechtigkeit wurden in der Vergangenheit oft mit der
25 Argumentation abgewiesen, dass die Lebenserhaltungskosten in Ostdeutschland geringer
26 seien als in den restlichen Bundesländern. Dieses Gefälle gibt es allerdings auch zwischen
27 den nördlichen und südlichen Regionen in der Bundesrepublik, ja mit Blick auf Nordrhein-
28 Westfalen auch innerhalb eines Bundeslandes. Der ursprüngliche Plan Anfang der 1990-er
29 Jahre, die Renten binnen 10 Jahre anzupassen, ist gescheitert. 2019 soll es nun soweit sein.
30

31 Die Anpassung soll unter anderem dadurch erreicht werden, dass Rentner*innen in
32 Ostdeutschland bei den jährlichen Anpassungen, meist zum 01. Juli des Jahres, eine
33 prozentual höhere Anpassung erhalten als Rentenbeziehende in Westdeutschland. Eine
34 Begleiterscheinung dieser Verfahrensweise ist allerdings, dass hierdurch die
35 Rentenerhöhungen automatisch den steuerpflichtigen Betrag zugerechnet werden. Die
36 Rentner*innen also viel schneller die Ihnen vom Gesetzgeber zugestandenen Freibeträge
37 überschreiten und Einkommensteuerpflichtig werden. Mit Eintritt in die gesetzliche
38 Altersrente bekommt jede/r Rentner*in neben den Grundfreibetrag noch nach §22 Nr 1 Satz
39 3 Buchstabe a, aa EStG einen lebenslang festgeschriebenen Freibetrag der Renteneinkünfte
40 angerechnet. Dieser fiel folglich bei den ostdeutschen Rentner*innen in der Vergangenheit
41 geringer aus, als es unter gleichen Bedingungen in Westdeutschland der Fall gewesen wäre.
42 Hier bedarf es dringend eine Korrekturvorschrift um mindestens den Rentenfreibetrag
43 nachträglich noch adäquat anpassen zu können.
44

45 Des Weiteren ist zu prüfen, wie zukünftig mit den Aufwertungsfaktor umgegangen werden
46 muss. Dieser wurde in der Vergangenheit notwendig um die Löhne der heutigen
47 Rentner*innen auf dem westdeutschen Durchschnitt aufzuwerten. Behält man diesen bei,
48 beziehen diese Rentner*innen durch die Anpassungen zukünftig sogar noch mehr als die in
49 Westdeutschland. Schafft man diesen ab, sind die ostdeutschen Arbeitnehmer*innen von
50 heute - die Rentner*innen von morgen - die Verlierer, weil diese auf Grund des Lohngefälles
51 in Ostdeutschland niemals die Möglichkeit hatten bei gleicher Arbeit den Rentenwert wie in
52

Antragsbereich C - Innen-, Außen- und Kommunalpolitik

- 1 Westdeutschland zu erreichen. Hierfür sollen in den entsprechenden Ausschüssen
 - 2 gesondert Lösungsstrategien entwickelt werden.
 - 3
 - 4
 - 5
 - 6
 - 7
 - 8
 - 9
 - 10
 - 11
 - 12
 - 13
 - 14 Abstimmungen: Angenommen/Abgelehnt:
 - 15 Weitergeleitet an:
-

1 Antrag: C20
2
3 Antragssteller: Jusos Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Reproduktionsförderung des Landes weiterentwickeln**

10
11 Das Land Sachsen-Anhalt fördert Maßnahmen der Reproduktionsmedizin
12 (Kinderwunschbehandlung). Diese weist jedoch eine Reihe von Einschränkungen auf, die
13 teilweise hinter den gesellschaftlichen Realitäten zurückbleiben, oder auch Paare im Bezug
14 dieser Leistung unbegründet und stark einschränken. Daher sind im Rahmen einer
15 Gesetzesnovelle folgende Punkte zu überarbeiten:
16

17 Die Reproduktionsförderung ist dahingehend zu erweitern, dass zukünftig nicht mehr nur
18 verheirateten und unverheirateten Paaren in heteronormativer Lebensführung sondern auch
19 gleichgeschlechtlichen Partnerschaften die Förderung gewährt wird. Hierbei gilt äquivalent
20 zur bisherigen Heteropaar-Regelung, dass eine eingetragene Partnerschaft nicht vorliegen
21 muss. Für diesen Fall reicht eine Bestätigung der/des behandelnden Therapeut*in aus, dass
22 es sich um eine gefestigte Partnerschaft handelt und das Sorgerecht für das Kind von der
23 zweiten Person ebenfalls angestrebt wird. Die bisherige Altersgrenze für Väter ist
24 dahingehend zu ändern, dass es sich zukünftig um die Altersregelung für die zweite Person
25 der Partnerschaft handelt.
26

27 Die Regelung, dass die Behandlung in Sachsen-Anhalt zu erfolgen hat, wird ersatzlos
28 gestrichen.
29

30 Die Förderung, die bisher für bis zu drei Versuche, im Rahmen von In-Vitro-Fertilisationen
31 bzw. Intrazytoplasmatischen Spermieninjektionen gewährleistet wird ist zukünftig nicht auf
32 eine Anzahl beschränkt, so lange die medizinisch indizierten Voraussetzungen erfüllt sind.
33

34 Das Höchstalter der austragenden Frau sowie das der zweiten Person werden regelmäßig
35 und individuell, auf Basis neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse auf eine Erhöhung hin
36 überprüft.
37

38 **Begründung:**
39

40 Das Land Sachsen-Anhalt fördert bereits heute Kinderwunschbehandlungen bei
41 getrenntgeschlechtlichen Paaren, unabhängig davon ob diese verheiratet sind oder nicht.
42 Diese Regelung benachteiligt gleichgeschlechtliche Paare, denen diese Möglichkeiten zwar
43 zur Verfügung stehen, allerdings ohne die Möglichkeit der staatlichen Unterstützung. Hier
44 liegt somit eine Form der Diskriminierung vor, die schnellstmöglich abgebaut werden muss.
45 Hierbei ist auch darauf zu achten, dass die Regelung, dass die Inanspruchnahme auch
46 unverheirateten Paaren möglich sein muss äquivalent übernommen wird, eine eingetragene
47 Lebenspartnerschaft also keine Voraussetzung werden darf.
48

49 Bisher gilt, neben der nachvollziehbaren Regelung zum Hauptwohnsitz in Sachsen-Anhalt
50 auch, dass die Behandlung zwingend in diesem Bundesland erfolgen muss. Diese Regelung
51 ist aus mehreren Gründen ersatzlos zu streichen. Zum einen gilt ganz pragmatisch, dass in
52 einem Flächenland die räumliche Nähe in Teilen einfach zu anderen Institutionen gegeben
53 ist, was bei der häufigeren Notwendigkeit der Termine ein Teilargument ist. Wesentlicher
54 erscheint jedoch, dass es sich bei der zum Kinderwunsch beitragenden Institution um eine
55 sehr wichtige handelt, bei deren Auswahl individuelle Aspekte, wie Eindrücke, Vertrauen und

Antragsbereich C - Innen-, Außen- und Kommunalpolitik

1 Erfahrungsberichte eine durchaus relevante Rolle spielen. Daher soll Paaren mit
2 Kinderwunsch hier mehr Freiheit bei der Auswahl der Institution ermöglicht werden.
3 Die aktuelle Förderhöchstzahl ist auf drei Versuche begrenzt. Dies erscheint in Anbetracht
4 der nicht immer guten Erfolgsquoten als zu gering, da weitere Versuche damit zu einer Art
5 Luxusgut werden. Dies ist jedoch im Vergleich zu Paaren mit natürlich umsetzbaren
6 Kinderwunsch als unfair, so dass die Förderung – auch wenn damit geringe Mehrkosten für
7 das Land verbunden sind – so lange gewährt werden soll, wie die von der Ökonomie
8 unabhängigen Faktoren der Medizin dies erlauben.

9
10 Die bisherigen Förderrichtlinien verweisen auf eine medizinische Prüfung, die bereits einige
11 Jahre her ist. Da mittlerweile jedoch, auch aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen, die
12 Anzahl an älteren (werdenden) Eltern zugenommen hat und sich die medizinische Realität
13 weiterentwickelt hat, soll die starre Altersgrenze von 40. bzw. 50 Jahren auf Basis neuerer
14 Studien kritisch auf eine Erhöhung hin geprüft werden.

15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29

30 Abstimmungen:
31 Weitergeleitet an:

Angenommen/ Abgelehnt:

1 Antrag: C21
2
3 Antragssteller: Jusos, LAK GIN über Juso-Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: Jusos-Bundeskongress zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag,
6 SPD-Land- und Bundestagsfraktion
7

8 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 **Schutz von minderjährigen Geflüchteten**

11
12 Wir fordern ein verbindliches Kinderschutzprogramm in Erstaufnahmeeinrichtungen für
13 Geflüchtete und Vertriebene. Dieses Kinderschutzprogramm soll die rund um die Uhr
14 Betreuung der meist allein reisenden Minderjährigen sicherstellen und dafür ausreichend
15 Erzieher*innen einstellen. Zudem soll die Zusammenführung von Familien, wenn das Kind es
16 wünscht, eines der Hauptziele für die weitere Vermittlung sein. Die Ermittlungsbehörden
17 bemühen sich durch einen Sonderermittlungskommando die verschwundenen
18 Minderjährigen zu finden und die Gründe dafür zu ermitteln.
19

20 **Begründung:**

21
22 Mehr als 5.800 vermisste geflüchtete Minderjährige wurden auf die parlamentarische
23 Anfrage von Luise Amtsberg, Bundestagsabgeordneten der Partei Bündnis '90/Die Grünen
24 gezählt:[https://www.gruene-](https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/integration/KA_18_7916.pdf)
25 [bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/integration/KA_18_7916.pdf](https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/integration/KA_18_7916.pdf)
26

27 Die Erklärungen für das Verschwinden dieser erschreckend hohen Zahl an vermissten
28 minderjährigen Flüchtlingen sind unzufriedenstellend. Begründet werden diese, durch
29 Mehrfachregistrierungen der Kinder und Jugendlichen oder deren Bestrebungen
30 weiterzureisen. In dem Statement der Politikerin heißt es deshalb:
31

32 "Besorgniserregend ist, dass die Regierung nicht ernsthaft in Betracht zieht, dass etliche in
33 die Fänge von Kriminellen oder in ausbeuterische Verhältnisse geraten sind. [...] Umso
34 wichtiger ist es, Klarheit über den Verbleib der Kinder bekommen, um so etwas verhindern
35 zu können. In einem ersten Schritt müsste man diejenigen, die wieder aufgetaucht sind, das
36 waren im vergangenen Jahr knapp 2.200 Kinder und Jugendliche, intensiv nach den
37 Gründen für ihr Verschwinden und nach ihren Erlebnissen zu befragen." Die
38 Aufklärungsquote liege bei 27 Prozent und sank damit.
39
40
41
42
43
44
45
46
47

48 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
49 Weitergeleitet an:

1 Antrag: C22
2
3 Antragssteller: Jusos Halle Halle, LAK GIN über Juso-Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion
6

7 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Sicherheitskonzept für öffentliche Räume**

10
11 Die Jusos fordern, dass die Landtagsfraktion prüft, inwiefern ein Sicherheitskonzept, das
12 folgende Punkte beinhaltet, in die Landesbauordnung aufgenommen werden kann.

13 Dieses Sicherheitskonzept soll folgende Punkte beinhalten:
14

- 15 1. ausreichend Beleuchtung an öffentlichen Plätzen, Parkhäusern und Bahnhöfen,
16 insbesondere im Bereich von Fahrkarten- und Bankautomaten
- 17
- 18 2. Möglichkeiten, um Alarmsignale abzugeben
- 19
- 20 3. Barrierefreiheit
- 21
- 22 4. Personal, welches 24h erreichbar und ansprechbar ist
- 23

24 Dieses Sicherheitskonzept soll in die Bauverordnung des Landes Sachsen-Anhalt und in der
25 Stadt- und Landentwicklung aufgenommen werden.
26

27 **Begründung:**

28
29 Am Magdeburger Hauptbahnhof wurden aufgrund von Baumaßnahmen und
30 Umstrukturierung des Bahnhofes, einige Fahrkartenautomaten umgesiedelt. Diese stehen
31 nun in einem Seitenarm, der schlecht ausgeleuchtet und einsehbar ist. Aus diesem Grund
32 fordern wir ein verbindliches Sicherheitskonzept, das insbesondere die Gefährdung von
33 Gewalt an Frauen und Kinder verhindert. Dieses Sicherheitskonzept kommt zudem
34 Menschen Zugute, die aufgrund einer seelischen und psychischen Behinderung (z.B.
35 Angstzustände) sich nicht in den öffentlichen Raum trauen.
36
37
38
39
40
41
42
43
44

45 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
46 Weitergeleitet an:

1 Antrag: D1
2
3 Antragssteller: Jusos Halle, LAK GIN über Juso-Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: Jusos-Bundeskongress zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag,
6 YES, S&D-Fraktion
7

8 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 **Studie über die Verhinderung der Freizügigkeit und der beruflichen Entwicklung der**
11 **Eltern von Trennungskindern durch die Familiengerichte**
12

13 Das Europäische Parlament soll erwirken, dass eine EU-weite Studie zu folgendem
14 Sachverhalt erstellt wird:
15

- 16 • Wie vielen Elternteilen von Trennungskindern wird über Jahre durch Urteile von
17 Familienrichtern die Freizügigkeit verwehrt?
18
- 19 • Wie viele Elternteile werden auf diese Weise in ihrer beruflichen Entwicklung
20 behindert?
21

22 Die Studie sollte für alle EU-Länder vergleichend erfolgen. Dabei muss beachtet werden,
23 dass selbst innerhalb der Mitgliedsstaaten Unterschiede im Familienrecht und im Kinderrecht
24 praktiziert werden (Beispiel: England, Schottland, Nordirland). Die Ergebnisse sollen in allen
25 EU-Mitgliedsstaaten in den Medien veröffentlicht werden.
26

27 **Begründung:**
28

29 Im Zuge der Globalisierung gehen viele junge Menschen aus privaten oder beruflichen
30 Gründen vorübergehend ins Ausland. Sie sind dann meist in dem Alter, in dem sie Eltern
31 werden. Wenn das im Ausland geschieht, werden sie (oft für viele Jahre) dort festgehalten,
32 wenn ein Elternteil ihre Rückkehr nicht zustimmt. Im Allgemeinen sind allerdings die Frauen
33 die Hauptversorger*innen, die die damit einhergehenden Pflichten und höchsten finanziellen
34 Belastungen tragen.
35

36 Familiengerichte entscheiden oft nach den im jeweiligen Land üblichen Gepflogenheiten,
37 ohne die Situation im Einzelfall umfassend zu untersuchen. Da die antragstellenden
38 Elternteile Ausländer*innen sind, sind sie in der Kenntnis des Gerichtswesens benachteiligt.
39 Es wird behauptet, dass Kinderrechte über allem stehen. Gleichzeitig wird die Situation der
40 Kleinkinder, die auf die Elternteile angewiesen sind, dazu benutzt, um Müttern die
41 Menschenrechte auf freie Berufswahl und Freizügigkeit zu verwehren.
42 Das Ergebnis ist, dass Elternschaft als Handikap wahrgenommen wird.
43
44
45

46 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
47 Weitergeleitet an:
48
49
50
51
52
53
54
55

Antragsbereich D - Wirtschaft, Arbeit und Soziales

1 Antrag: D2
2
3 Antragsteller: Jusos Dessau-Roßlau
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundesparteitag,
6 SPD-Bundestagsfraktion
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

Equal Treatment von Leiharbeiter*innen

10
11
12 Erhalten festangestellte Mitarbeiter*innen einer Firma betriebliche Zusatzleistungen (z. B.
13 Vergünstigungen auf Mahlzeiten in einer Kantine, Zugang zu Sportstätten innerhalb und
14 außerhalb der Firma, Zugang zu Betriebskindergärten) so sollen diese Vorzüge auch für bei
15 der Firma arbeitende Leiharbeiter*innen gelten.
16

Begründung:

17
18
19 Viele Firmen verweigern Ihren externen Mitarbeiter*innen Vorzugsleistungen wie die oben
20 genannten. Durch diese Ausgrenzung kommt es neben einer finanziellen Benachteiligung
21 auch zu einer sozialen Benachteiligung. Zugang zu persönlichen Kontakten zu Kollegen
22 abseits der Arbeit wird erschwert. Die Möglichkeit wichtige soziale Kontakte zu knüpfen und
23 damit verbunden eine Integration in das Arbeitsumfeld muss ungerechterweise durch
24 eigenen finanziellen Mehraufwand bei i. d. R. geringerer Bezahlung erfolgen.
25

26 Da der Großteil der Leiharbeiter*innen einen unbefristeten Arbeitsvertrag anstrebt und somit
27 nicht negativ auffallen möchte, wird der Betriebsrat in solchen Fällen selten kontaktiert.
28
29
30
31
32
33
34
35

36 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
37 Weitergeleitet an:

38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55

Antragsbereich D - Wirtschaft, Arbeit und Soziales

1 Antrag: D3
2
3 Antragssteller: Jusos Magdeburg, LAK GIN über Juso-Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesparteitag, Ministerium für
6 Wissenschaft, Wirtschaft und Digitales
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

Förderung von gemeinnützigen Applikationen und Programmen

10
11
12 Die SPD-Landtagsfraktion und unsere Mitglieder der Landesregierung im Bereich Wirtschaft,
13 Wissenschaft und Digitales sollen sich für die Einrichtung eines Fördertopfes für
14 gemeinnützige Applikationen und Programme einsetzen.

15
16 Hierbei sind entsprechende Kriterien zu erarbeiten und Punkte wie Open Source und nicht
17 kommerzielle Vermarktung besonders zu berücksichtigen, ebenso wie möglichst niedrige
18 Zugangshürden zu den Geldern.

Begründung:

19
20
21
22 Durch die Allgegenwärtigkeit von Smartphones und anderen elektronischen Geräten bieten
23 sich große Chancen für kleine Innovationen im Alltag. Programme können entwickelt werden
24 zur Bewertung von Arztpraxen unter bestimmten Gesichtspunkten, zur Kenntlichmachung
25 von Foodsharingkühlschränken, aber auch für Hilfestellungen für Geflüchtete und zahllose
26 andere Möglichkeiten. Tatsächlich sind solche Modelle oft schon mit geringer Manpower und
27 nicht allzu hohem finanziellen Aufwand umsetzbar. Solches Engagement und
28 gemeinnütziges Ideenreichtum sollte von Seiten des Landes unterstützt und gefördert
29 werden, auch um jungen Entwicklern neue Handlungsspielräume zu eröffnen.

30
31 Mit einer unkomplizierten Fördermittelvergabe und anderen Hilfestellungen kann so auf sehr
32 simple Art ein breiter Mehrwert geschaffen werden, der zu unseren Grundwerten von
33 Solidarität und Förderung von Bildung steht.
34
35
36
37
38
39
40
41
42

43 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
44 Weitergeleitet an:
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55

1 Antrag: D4
2
3 Antragssteller: Jusos Magdeburg, LAK GIN über Juso-Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
6
7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Zertifizierung von Algorithmen – gerecht gerechnet?**
10

11 Die SPD-Bundestagsfraktion und das Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz werden
12 aufgefordert ein Modell zur Überprüfung und Zertifizierung von Algorithmen zu entwickeln.
13 Hierbei geht es vor allem darum ihre Funktionsweise in Bezug auf ethische, demokratische
14 und gleichstellungsrelevante Punkte zu prüfen und mögliche Mängel dabei deutlich zu
15 kennzeichnen. Ebenso sollen aber Algorithmen, bei denen keine entsprechende
16 Beeinflussung festzustellen ist, positiv hervorgehoben werden.
17

18 **Begründung:**
19

20 Algorithmen sind die Geschäftsgrundlage vieler Unternehmen im Netz. Sei es die
21 Suchmechanik von Google, der Newsfeed von Facebook oder die Produkte, die Amazon
22 zielgerichtet seinen Nutzern anbietet, sie alle basieren auf entsprechenden automatisierten
23 Rechenformeln.
24

25 Was hierbei jedoch oft übersehen wird ist, dass Algorithmen nicht nur beachten können, was
26 Nutzern besonders relevant erscheinen mag, sondern ebenso persönliche und
27 wettbewerbstechnische Interessen der privaten Unternehmen denen sie gehören, dort
28 eingearbeitet sein können.
29

30 Bislang haben die Unternehmen Einsicht in ihre Berechnungssysteme verweigert mit der
31 Begründung, dass diese maßgeblich zu ihrem Geschäftsmodell gehören und somit die
32 Formeln unter das Betriebsgeheimnis fallen. Mittlerweile gibt es jedoch auch Initiativen die
33 durch das gezielte Einspeisen von Daten die Funktionsweise von Algorithmen analysieren
34 und dabei auf besorgniserregende Funktionen stoßen. So steht z.B. der Suchalgorithmus
35 von Google unter starkem Verdacht bewusst die Partei der Demokrat*innen in den USA zu
36 bevorzugen.
37

38 Deshalb muss mehr Transparenz geschaffen werden, da insbesondere für unsere
39 demokratische aber auch als Konsument*in relevante Meinungsbildung immer häufiger
40 online geschieht. Bleibt dies nicht nur ohne jede ethische Regelung, sondern auch noch
41 ohne jedes Bewusstsein, kann dies auf Dauer zu einer ernsthaften Gefährdung unserer
42 Zivilgesellschaft werden.
43

44 Die Zertifizierung von Algorithmen ist hierbei nur als erster Schritt zu sehen einen ethisch
45 Verantwortungsvollen Umgang mit Daten- und Datenverarbeitung in der demokratischen
46 Zivilgesellschaft zu finden.
47

48
49
50 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
51 Weitergeleitet an:
52

1 Antrag: D6
2
3 Antragsteller: Jusos Halle
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, Ministerium für Arbeit,
6 Soziales und Integration, Ministerium für Justiz und Gleichstellung
7

8 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen-Anhalt möge beschließen:
9

10 **Zeit ist Geld, auch für Neueinsteiger*innen**

11
12 Einfühlungsverhältnisse, die zwischen Arbeitgeber*in und potenziellem*r Arbeitnehmer*in
13 zum Einstieg in einen Betrieb abgeschlossen werden können, sollen abgeschafft werden.
14

15 **Begründung:**

16
17 Wenn in Betrieben neue Mitarbeiter*innen aufgenommen werden, ist oftmals ein
18 Einfühlungsverhältnis die gängige Methode zur Einarbeitung. Arbeitnehmer*in und
19 Arbeitgeber*in können sich kennenlernen und feststellen, ob sie zusammenpassen und sich
20 den Abschluss eines Arbeitsverhältnisses vorstellen können. Einfühlungsverhältnisse sind
21 unbezahlt und basieren auf einer schriftlichen Erklärung beider Parteien, ein solches
22 Verhältnis miteinander einzugehen.
23

24 Der tatsächliche Zweck, nämlich sich kennenzulernen, wird allerdings einerseits durch die
25 Möglichkeit, Vorstellungsgespräche durchzuführen, entbehrlich. Andererseits kann ein
26 Probearbeitsverhältnis vereinbart werden, das seinen gesetzlichen Rahmen durch § 611
27 BGB als befristeter Arbeitsvertrag erhält.
28

29 Dieses darf laut ständiger Rechtsprechung nicht länger als sechs Monate andauern. Im
30 Gegensatz dazu ist ein Einfühlungsverhältnis auf eine Woche beschränkt. Beide Zeitrahmen
31 sind gesetzlich nicht festgelegt und müssen nicht zwangsläufig in der schriftlichen
32 Vereinbarung konkretisiert werden. Sie gelten somit als Einfallstor für Rechtsmissbrauch.
33 Gerichtlich kann gegen eine Überschreitung dieser Zeitrahmen vorgegangen werden.
34 Fraglich ist aber, ob Arbeitnehmer*innen diesen Schritt, der als Killer für das Arbeitsklima
35 wirkt, wirklich wagen. So kann es zu einer erheblichen Zeitüberschreitung beim
36 Einfühlungsverhältnis kommen.
37

38 Das Probearbeitsverhältnis wird vergütet. Dabei verpflichten sich Arbeitnehmer*innen zur
39 Arbeitsleistung. Im Einfühlungsverhältnis verpflichten sich potenzielle Arbeitnehmer*innen
40 nicht zur Ableistung der Arbeit und sind auch nicht an Weisungen oder Arbeitszeiten
41 gebunden. Entspricht die Art oder der Umfang der geleisteten Arbeit dennoch nicht den
42 Vorstellungen der Arbeitgeber*innen, kommt es nicht zur Einstellung. Faktisch werden
43 Personen ausgebeutet und ihre Arbeitskraft verschwendet.
44

45 Im Übrigen ist das gesamte Verhältnis ein rechtlich wackliges Konstrukt, denn ein
46 „Rechtsverhältnis“ definiert sich als rechtliche Beziehung, der ein konkreter Sachverhalt
47 zugrunde liegt, der wiederum auf einer Rechtsnorm beruht. Der Aspekt Beziehung ist im
48 Einfühlungsverhältnis lediglich konstruiert: Eine Partei leistet Arbeit, bekommt aber nichts
49 zurück. Auch eine zugrunde liegende Rechtsnorm ist nicht ersichtlich. Die schriftliche
50 Vereinbarung eines solchen Verhältnisses ist für die Arbeitnehmer*innen oftmals der einzige
51 Weg zur Festanstellung. Sie beinhaltet aber nichts für das zukünftige Arbeitsverhältnis
52 Relevantes und ist allenfalls als rechtliche Absicherung der Arbeitgeber*innen einzustufen.
53

54 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
55 Weitergeleitet an:

1 Antrag: D7
2
3 Antragssteller: Jusos Halle
4
5 Weiterleitung an: Landesparteitag der SPD Sachsen-Anhalt
6
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 **Kostenübernahme von Verhütungsmitteln in Sachsen-Anhalt**

11
12 Die Jusos bekennen sich zur Selbstbestimmung von sexuellen und reproduktiven Rechten.
13 So soll jeder Mensch die Möglichkeit zur Verhütung besitzen und über seine reproduktive
14 Gesundheit selbst entscheiden dürfen. Dies bedeutet, die Wahrung einer selbstbestimmten
15 Entscheidung über den Schwangerschaftszeitpunkt und die Kinderanzahl. Personen, die
16 jedoch aus finanziellen Gründen verschiedene Verhütungsmethoden nicht in Anspruch
17 nehmen können, werden in ihren Rechten und Freiheiten massiv eingeschränkt. Die
18 Sicherstellung des uneingeschränkten Zugangs zu Verhütungsmethoden ist eine öffentliche
19 Aufgabe.
20

21 Daher fordern wir eine Kostenübernahme von hormonellen, sowie hormonfreien
22 Verhütungsmitteln in Sachsen-Anhalt für Frauen* und Männer*.
23

24 **Begründung:**

25
26 Mit der Einführung des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes im Jahre 2004, stiegen die
27 Kosten für Verhütungsmittel und die finanziellen Übernahmen von Verhütungsmitteln für ALG
28 II- und Sozialhilfeempfänger*innen entfielen. Durch diese Neuregelungen stellten sich
29 finanzielle Mehrbelastungen für die genannten Personengruppen ein.
30

31 Die derzeitige Lage zeigt, dass es zwar geringfügige Kostenübernahmen auf regionaler oder
32 kommunaler Ebene gibt, diese jedoch uneinheitlich und unübersichtlich geregelt sind. Aus
33 einer Umfrage von 2010 von profamilia geht hervor, dass lediglich 59 der 181
34 deutschlandweiten profamilia-Beratungsstellen eine Teilfinanzierung von Verhütungsmitteln
35 übernehmen können. Lediglich in Berlin können ALG II- und Sozialhilfeempfänger*innen,
36 sowie Schüler*innen, Auszubildende, Studierende eine komplette Finanzierung von ärztlich
37 verordneten Verhütungsmitteln beantragen.
38

39 Für das Land Sachsen-Anhalt gibt es derzeit nur geringfügige Regelungen zur
40 Kostenübernahme von Verhütungsmethoden. Diese sieht finanzielle Unterstützungen nur für
41 Frauen* mit Behinderungen vor, die in Einrichtungen leben.
42

43 Da diese Verordnung eine Vielzahl von Personengruppen ausschließt, wird es Zeit eine
44 gesetzlich festgeschriebene und gerechte Neuregelung zu erwirken. Als Orientierung
45 könnten Regelungen und Verordnungen der Berliner Gesundheitsämter dienen. Eine weitere
46 Lösung wäre eine staatliche Ausfinanzierung von profamilia-Beratungsstellen, hinsichtlich
47 der Kostenübernahme und/oder Ausgabe von Verhütungsmitteln. Bezüglich der Vorteile
48 einer vollen finanziellen Übernahme, sind die Reduzierung von ungewollten
49 Schwangerschaften, sowie Schwangerschaftsabbrüchen zu nennen.
50

51 Fest steht, dass Frauen* und Männer* ein Recht auf die freie Wahl der Verhütungsmethode
52 und Familienplanung haben und diese nicht durch finanzielle Mittel eingeschränkt werden
53 dürfen.
54
55

Antragsbereich D - Wirtschaft, Arbeit und Soziales

1
2
3
4
5
6
7

Abstimmungen:
Weitergeleitet an:

Angenommen/ Abgelehnt:

1 Antrag: D9
2
3 Antragssteller: Jusos Halle
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag und die SPD Landtagsfraktion
6

7 **Verstärkter Einsatz von psychologischen Mitarbeiter*innen in Kindertagesstätten**
8

9 Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich im Rahmen der Evaluation des KiFöGs für
10 eine Auswertung bezüglich der Bedarfe für den Einsatz psychologischer Mitarbeiter*innen in
11 Kindertagesstätten einzusetzen. Entsprechend der Ergebnisse der Evaluation sind
12 Handlungsempfehlungen zu formulieren, die je nach Notwendigkeit einen verstärkten Einsatz
13 psychologischen Personals unterstützen. Darüber hinaus ist im Rahmen der Novellierung
14 des KiFöGs eine Zusammenarbeit psychologischen Personals und der Einrichtungen zu
15 vereinfachen und vom Land zu unterstützen.
16

17 **Begründung:**
18

19 Durch die strengen Betreuungsschlüssel haben Erzieher*innen oftmals keine Zeit, sich mit
20 den psychologischen Bedürfnissen der Kinder auseinanderzusetzen. Kinder, welche in
21 prekären Familiensituationen aufwachsen, brauchen eine stärkere psychologische
22 Betreuung. Hinzukommt die Doppelbelastung durch geflüchtete Kinder, die häufig unter
23 traumatischen Erlebnissen leiden. Deswegen bedarf es einer geregelten und gezielten
24 Zusatzbetreuung durch psychologisches Personal in den Kindertagesstätten. Nur so können
25 bei Kindern schon in einer frühen Phase Traumata, Psychosen etc. festgestellt werden.
26 Gleichzeitig sinkt das Risiko für spätere Entwicklungsstörungen und die Integration in einen
27 normalen und unbeschwerten Alltag wird sichergestellt.
28
29
30
31
32

33
34 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
35 Weitergeleitet an:

Antragsbereich D - Wirtschaft, Arbeit und Soziales

1 Antrag: D10
2
3 Antragsteller: Jusos Dessau-Roßlau
4
5 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Überarbeitung des Kapazitätsrechts mit dem Ziel der Ausbildung von Mediziner*innen** 10 **für Sachsen-Anhalt und andere Regionen mit Ärztemangel** 11

12 Die SPD-Bundestagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass langfristig mehr
13 Allgemeinmediziner*innen und Fachärzt*innen zur Verfügung stehen. Hierfür soll das
14 Kapazitätsrecht (KR), welches die Anzahl der Medizinstudienplätze festlegt, überarbeitet
15 werden. Das KR soll insofern geändert werden, dass eine zusätzliche, aus Drittmitteln
16 bezahlte Ausbildung von Mediziner*innen in Verbindung mit einer nachgeschalteten 10
17 jährigen Bleibepflicht in Sachsen-Anhalt ermöglicht werden soll.
18

19 **Begründung:** 20

21 In kleineren Städten (Dessau, Köthen) und in ländlichen Gegenden gestaltet es sich in
22 Sachsen-Anhalt schwer einen Termin bei einem/r Allgemeinmediziner*in oder einem/r
23 Facharzt*in zu bekommen, da diese keine neuen Patient*innen mehr aufnehmen. Häufig
24 müssen lange Wege nach Magdeburg oder Halle aufgenommen werden, um eine
25 angemessene medizinische Betreuung zu erhalten. Dies ist jedoch besonders für
26 Rentner*innen und Erwerbstätige mit hohem Aufwand verbunden. Weiterhin sind
27 Arztbesuche in vielen Teilen Sachsen-Anhalts mit einer für Kranke unzumutbar hohen
28 Wartezeit verbunden.
29

30 Laut einem Onlineartikel der Mitteldeutschen Zeitung ("Ärztemangel in Sachsen-Anhalt -
31 Ärztevereinigung investiert Millionen in Medizinernachwuchs", 20.03.2015, Mitteldeutsche
32 Zeitung) werden bereits Ärzt*innen an privaten Hochschulen in Nordrhein-Westfalen auf
33 Kosten der Kassenärztlichen Vereinigung ausgebildet. Dafür verpflichten sich diese
34 Studenten nach der Ausbildung für 10 Jahre in Sachsen-Anhalt zu bleiben. Dadurch wird
35 besonders regional verwurzelten Bürgern der Zugang zu einem Medizinstudium abseits der
36 Vergabe über den Numerus Clausus (NC 2015 Medizin: 1,0) ermöglicht.
37

38 Somit wird dem verbreiteten Phänomen, dass Sachsen-Anhalt nach dem Medizinstudium
39 verlassen wird, entgegengewirkt. Der Umweg über private Hochschulen muss ausschließlich
40 aufgrund des Kapazitätsrechts gegangen werden, obwohl die Universitäten Sachsen-Anhalts
41 ebenfalls ein Interesse haben mehr Mediziner*innen auszubilden.
42
43
44
45
46

47 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
48 Weitergeleitet an:

1 Antrag: D11
2
3 Antragssteller: Jusos westliche Altmark
4
5 Weiterleitung an: Bundeskongress
6

7 Die Juso-Landesdelegierten Konferenz möge beschließen:
8

9 **Echte Verringerung von Waffenexporten**
10

11 Um den Export von Rüstungsgütern in Staaten mit einem zweifelhaftem Verständnis von
12 Demokratie und Menschenrechten zu unterbinden fordern wir den SPD-Bundesvorstand, die
13 sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf
14 sich dafür einzusetzen, dass für Staaten wie Kuwait, Bahrain, Saudi-Arabien, die Türkei,
15 Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate, den Oman, den Irak, sowie alle weiteren Länder
16 des Nahen und Mittleren Ostens keine Genehmigungen für den Export von Kriegswaffen und
17 sonstigen Rüstungsgütern mehr zu erteilen sowie alle bereits erteilten Genehmigungen zu
18 widerrufen.

19 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung, allen voran der
20 Bundeswirtschaftsminister und der Außenminister sollen sich ebenfalls dafür einsetzen, dass
21 die USA, Russland, die Türkei sowie alle anderen Staaten dazu aufgefordert werden,
22 ebenfalls alle Rüstungsexporte und Militärhilfen in die betreffenden Länder einzustellen.

23 Die SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-Bundesvorstand werden aufgefordert diese
24 Anliegen zu unterstützen und zusätzlich noch in dieser Legislaturperiode einen Entwurf für
25 ein Rüstungsexportkontrollgesetz vorzulegen, wie es zumindest kurzzeitig auch den Willen
26 des Bundeswirtschaftsministers entsprach.
27

28 **Begründung:**
29

30 Waffen sind das Mittel zur Gewalt und damit zu Krieg schlechthin. Gerade Kleinwaffen haben
31 im internationalen Terrorismus eine immer größer grausamere Bedeutung. Nicht umsonst
32 wurden sie als die "Massenvernichtungswaffen unserer Zeit" bezeichnet. Von Gegner*innen
33 eines Waffenexportverbots wird oft erklärt, dass Handel besonders mit nichtdemokratischen
34 Staaten für diplomatische Beziehungen und Annäherungspolitik notwendig seien. Dies mag
35 für den Handel von zivilen Produkten stimmen, hier sollte Deutschland und Europa seine
36 Embargopolitik auch durchaus lockern, nicht aber für den Rüstungsexport. Er ist nicht nötig
37 für politische Kontakte zu Ländern wie Saudi-Arabien oder den Iran. Bedeutsamer sind bei
38 solchen Staaten viel mehr der Handel mit Erdöl. Nicht zuletzt sind viele dieser Länder direkt
39 am derzeitigen Konflikt in Nahost zumindest passiv wenn nicht gar wie im Jemen aktiv
40 beteiligt und somit auch Grund für das Leid von Flüchtenden.
41
42
43
44
45
46
47

48 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
49 Weitergeleitet an:

1 Antrag: D12
2
3 Antragssteller: Jusos Halle, LAK GIN über Juso-Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion, Jusos-Bundeskongress zur Weiterleitung an
6 SPD-Bundestagsfraktion
7

8 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 **Finanzierung von Fachkräften für soziale Arbeit mit Kindern in Frauenschutzhäuser**
11

12 Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Landtagsfraktionen werden aufgefordert, sich für
13 die Finanzierung von Fachkräften für die soziale Arbeit mit Kindern in Frauenschutzhäusern
14 einzusetzen.
15

16 **Begründung:**
17

18 Kinder, die mit ihren Müttern in ein Frauenschutzhäuser kommen, sind geprägt durch das
19 Erleben einer Gewaltatmosphäre und befinden sich zumeist in einer akuten Krisensituation.
20 Die Flucht ins Frauenschutzhäuser kommt für sie oft plötzlich, unvorbereitet und hier treffen
21 Kinder und ihre Mütter unterschiedlicher Kulturen, sozialer Schichten und jeden Alters für
22 eine unbestimmte Zeit aufeinander.
23

24 Neben einer zeitweisen Entlastung der Mütter ist wichtig, gemeinsam mit den Kindern über
25 ihre Gewalterfahrungen zu reden und ihnen entsprechend ihres Alters Möglichkeiten der
26 Aufarbeitung anzubieten, mit ihnen einen eigenen Sicherheitsplan zu entwickeln, damit
27 Kinder ihre Handlungsfähigkeit wieder erlangen können. Die Kinder und auch ihre Mütter
28 leiden oft psychisch unter den Folgen der Gewalt. Viele Kinder weisen
29 Verhaltensauffälligkeiten auf. Deshalb benötigen Kinder zeitnahe, unbürokratische,
30 spezifische und individuelle Hilfsangebote.
31

32 Es besteht nicht vordergründig ein Bedarf auf Hilfe zur Erziehung gemäß SGB VIII, sondern
33 der Bedarf an Aufarbeitung des Erlebten nach geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten
34 (Mädchen mit Opferidentifikation und Jungen mit Täteridentifikation). Ziel der Arbeit ist es,
35 Gewaltkreisläufe zu durchbrechen und den Kindern ein Leben ohne Gewalt zu ermöglichen.
36 Erziehungsberatungsstellen, Jugendämter oder Kindertagesstätten können diesen akuten
37 Bedarf nicht decken. Es ist von großer Bedeutung, im neuen Lebensumfeld der Kinder
38 aufarbeitend, entlastend und präventiv wirksam zu werden. Die Arbeit mit den Kindern darf
39 nicht nur sporadisch und punktuell durchgeführt werden, sondern muss in den Tagesablauf
40 integriert werden und sofort mit ihrer Ankunft nach der akuten Krisensituation beginnen.
41 Diese Arbeit wird bisher nicht bezuschusst. Die verschiedenen Träger der
42 Frauenschutzhäuser in Deutschland können eine solche Personalstelle nicht finanzieren.
43
44
45
46
47

48 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
49 Weitergeleitet an:

1 Antrag: D13

2

3 Antragssteller: Jusos Halle, LAK GIN über Juso-Landesvorstand

4

5 Weiterleitung an: Jusos-Bundeskongress zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag, YES,
6 S&D-Fraktion

7

8 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

9

10 **Frauen- und Kinderbeauftragte in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung**

11

12 Es gibt vorbildliche Modellprojekte (2015-2018) auf Initiative des BFSFJ wie z.B. „BeSt –
13 Beraten & Stärken“, welches das Ziel verfolgt „Mädchen und Jungen mit Behinderung
14 nachhaltig vor (sexualisierter) Gewalt in Institutionen zu schützen“. Wir fordern, dass dieses
15 Projekt bis 2040 weiter finanziert wird. Außerdem soll das Projekt als Orientierung dienen,
16 um weitere Projekte, die Gewalt an Frauen mit Behinderung thematisieren, anzustoßen, zu
17 etablieren und zu finanzieren und mit ausreichend Personal auszustatten. Dabei soll
18 kontinuierlich beachtet werden, dass nicht nur Menschen mit einer körperlichen
19 Einschränkung und Behinderung Zugang zu diesen Programmen haben, sondern ebenso
20 Menschen mit Verhaltensauffälligkeiten und mit psychischen und seelischen Erkrankungen.

21

22 Zudem sollen die Ergebnisse und Erfahrungen, die während der Laufzeit des Projektes von
23 den verschiedenen Einrichtungen gesammelt wurden, zusammengetragen werden, um
24 höhere Standards für die Prävention festzulegen. Dazu zählen:

25

- 26 • Verbindliche Einstellung und Ausstattung von unabhängigen Frauen- und
27 Kinderbeauftragt*innen in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung
- 28 • geschultes Personal im Bereich der Sexualpädagogik
- 29 • Verbindliche Einstellung von (Kinder-) Psycholog*innen in Institutionen, in denen
30 Menschen mit Behinderung leben
- 31 • Intensive Betreuung von Betroffenen über einen angemessenen Zeitraum
- 32 • Richtlinie für Beschwerdeverfahren
- 33 • Psychologisch-betreutes Programm für Täter*innen

34

35 **Begründung:**

36

37 Die Studie (<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/publikationen,did=186150.html>) im Auftrag
38 des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von 2014 deckte auf, dass
39 bis zu 75 % der Frauen mit Behinderung Opfer von (sexueller) Gewalt wurden. Das
40 europäische Institut für Menschenrechte veröffentlichte 2014 vergleichbare Befunde im
41 Bezug auf Gewalterfahrungen von Frauen. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes kam
42 2015 aufgrund ihrer Befragungen zu dem Ergebnis, dass 50 % der Arbeitnehmer*innen
43 sexuelle Diskriminierung erfahren haben. Die Aktualität der Zahlen unterstreicht die
44 Dringlichkeit diese Gewalt einzudämmen, um insbesondere Frauen und Kindern ein
45 gewaltfreies Leben zu ermöglichen!

46

47

48

49 Abstimmungen:

Angenommen/ Abgelehnt:

50 Weitergeleitet an:

51

52

53

54

55

1 Antrag: D14
2
3 Antragssteller: Jusos Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: Bundestagsfraktion, Bundesparteitag, S&D-Fraktion
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Lebensmittelverschwendung entgegenreten**
10

11 Die SPD wird sich nach dem Vorbild Frankreich dafür einsetzen ein Gesetz, welches die
12 Lebensmittelverschwendung von Supermärkten eindämmt, einzuführen. Die nicht verkauften
13 Nahrungsmittel sollen nach diesem Gesetz entsprechend an gemeinnützige Institutionen
14 gespendet werden. Anzustreben ist eine gesetzliche Regelung, die ein Anreizsystem schafft,
15 dass Supermärkte dazu anregt nicht verkaufte und weiterverwertbare Lebensmittel freiwillig
16 an gemeinnützige Institutionen zu spenden. Die Wiederverwertbarkeit muss durch die
17 Lebensmittelgeschäfte gewährleistet sein, die Prüfpflicht darf nicht bei den gemeinnützigen
18 Organisationen liegen. Die Forderung nach der Einführung dieses Gesetzes wird im
19 Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2017 Einzug halten. Dabei sind Erfahrungen aus
20 Frankreich zu berücksichtigen.

21
22 **Begründung:**
23

24 Seit Mai 2015 gilt in Frankreich ein Gesetz, das der Verschwendung von Lebensmitteln in
25 den Supermärkten Einhalt gebieten will. Der World Wide Fund For Nature (WWF) nennt das
26 französische Gesetz einen ersten und mutigen Schritt, auch wenn dieses Gesetz nicht die
27 Lösung des Problems der Lebensmittelverschwendung ist. Größere Supermärkte müssen
28 noch essbare Lebensmittel, die nicht mehr verkauft werden, entweder an
29 Wohlfahrtsorganisationen spenden oder als Tierfutter beziehungsweise als Kompost für die
30 Landwirtschaft zur Verfügung stellen. Ziel ist es, dass weniger Lebensmittel direkt im Müll
31 landen. In Frankreich sollen mit diesem Gesetz die Verluste bis 2025 halbiert werden.
32

33
34
35
36
37
38

39 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
40 Weitergeleitet an:

41

1 Antrag: D15
2
3 Antragssteller: Jusos Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion
6
7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Bundesteilhabegesetz novellieren – Ungerechtigkeiten beenden**

10
11 Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen sehen sich auch heute noch mit einer
12 Vielzahl an Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen konfrontiert. Einige dieser ergeben
13 sich aus der aktuellen Fassung des Bundesteilhabegesetzes und sollten im Zuge der
14 kommenden Novelle dringend und vollständig abgebaut werden. Zudem sollen im Zuge
15 dieser Reform weitere Verbesserungen auf dem Weg zu einem diskriminierungsfreien und
16 selbstbestimmten Leben erreicht werden. Im Einzelnen handelt es sich um nachfolgende
17 Punkte:
18

- 19 • Die Begrenzung von Einkommen und Vermögen auf eine Sparsumme von 2.600
20 Euro für auf Assistenz angewiesene Personen und ihre Ehe- bzw.
21 Lebenspartner*innen muss ersatzlos abgeschafft werden.
- 22 • Die Inanspruchnahme von Assistenzhilfen wird zukünftig unabhängig von
23 Einkommen und Vermögen gewährt. Beides wird für die Gewähr dieser
24 Unterstützung nicht herangezogen. Vorbildcharakter für eine derartige Regelung
25 könnte zum Beispiel die Gesetzgebung des schwedischen Sozialstaates haben, wo
26 die unabhängig von diesen finanziellen Verhältnissen gewährt wird.
- 27 • Die Strukturen der Elternunterstützung sollen gestärkt werden. Hierzu zählt neben
28 einem Ausbau der unabhängigen Beratungslandschaft auch die Etablierung einer
29 Elternassistenz.
- 30 • Das bisher bestehende Blindengeld ist vollständig in ein Teilhabegeld umzuwandeln,
31 was allen Menschen mit Behinderungen gleichermaßen zur Verfügung steht.
- 32 • Das Teilhabegeld soll, im Gegensatz zum bisherigen Blindengeld, bundeseinheitlich
33 geregelt und somit auch ohne regionale Diversitäten etabliert werden.
34

35 **Begründung:**

36
37 Obwohl sich die Situation von Menschen mit Behinderung in den letzten Dekaden auch in
38 Deutschland verbessert hat und u.a. auch die UN mit ihrer Behindertenkonvention die
39 Einschränkungen und Probleme dieser Bevölkerungsgruppe zu einem wichtigen Thema
40 erhoben hat, sehen sich Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen bis heute mit
41 einer Vielzahl an Ungerechtigkeiten und Problemen konfrontiert. Viele von diesen sind im
42 Bundesteilhabegesetz selbst, was den betroffenen Personen eigentlich eine Hilfe sein sollte,
43 selbst verursacht und müssen im Zuge einer zeitnah umzusetzenden Novelle schnell
44 abgeschafft werden. Diskriminierungen, oft mit drastischen Auswirkungen auf die Leben der
45 Betroffenen, dürfen nicht länger ignoriert werden, sondern müssen schnellstmöglich und
46 nachhaltig abgebaut werden.
47

48 Für Menschen mit Behinderung und Assistenzbedarf, sowie für ihre Ehe- bzw.
49 Lebenspartner gilt unabhängig von ihrer Einkommenssituation, dass diese keinerlei (Spar-)
50 Guthaben über 2.600 Euro besitzen dürfen. Vermögen über dieser Summe werden
51 eingezogen. Dies ist nicht nur an sich bereits eine extreme Einschränkung, sondern
52 verursacht auch diverse weitere Probleme. So wird das Absichern von Risiken wie
53 Reparaturen von Haushaltsgeräten, das treffen von Altersvorsorge oder beispielweise das
54 Sparen für ein Auto vollends unmöglich. Auch wird durch diese Grenze ein selbstbestimmtes
55 Erwerbsleben konterkariert. Pflichten wie Steuern etc. gelten für die betroffenen Menschen

1 zudem wie bei allen anderen auch, so dass auch diese einen Beitrag zum Sozialsystem
2 leisten. Menschen mit Behinderung wird aktuell der Besitz von höheren Beträgen auch
3 deshalb versagt, weil der Staat davon ausgeht, dass von diesen scheinbaren Überschüssen
4 die Assistenzen übernommen werden müssen. Dies setzt diese jedoch mit einer Art
5 freiwilliger Leistung, oder noch deutlicher: mit einem Konsumgut gleich. Dies ist jedoch
6 falsch, da es sich hierbei um einen Grundbedarf für ein möglichst selbstbestimmtes Leben
7 handelt.

8
9 Folglich ergibt sich auch die zweite Forderung, die Unterstützung mittels Assistenzhilfen
10 nicht mehr privat abzusichern, sondern staatlich zu leisten. Vorbild für eine solche Regelung
11 könnte zum Beispiel der schwedische Staat sein, wo diese Regelung aus Ausdruck eines
12 derartigen Verständnisses staatlicher Aufgaben bereits so praktiziert wird.

13
14 Auch heute übernehmen die Eltern von Menschen mit Behinderung häufig sehr viele
15 Aufgaben und werden dabei nur arg begrenzt vom Staat unterstützt. Im Zuge der Novelle
16 des Teilhabegesetzes sollen daher nicht nur die Beratungsstrukturen ausgebaut werden,
17 sondern auch Elternassistenzsysteme geschaffen werden. Diese wären eine Möglichkeit,
18 eine spürbare Entlastung für diesen Personenkreis zu ermöglichen und stellen somit ein
19 wichtiges Mittel zur Verstetigung von Unterstützung dar.

20
21 Bisher erhalten Menschen mit einer Einschränkung des Sehvermögens das so genannte
22 Blindengeld um ihren Hilfebedarf zu bezuschussen. Menschen mit anderen
23 Einschränkungen erhalten hingegen keinerlei Förderung, trotz eines ebenfalls vorhandenen
24 Hilfebedarfes. Dies ist eine Form der Diskriminierung die ebenfalls zügig abgeschafft werden
25 muss. Daher soll das bisherige Blindengeld in ein Teilhabegeld, was allen Menschen mit
26 Behinderung zur Verfügung steht, umgewandelt werden.

27
28 Dabei muss auch darauf geachtet werden, dass diese neue Form bundeseinheitlich geleistet
29 wird. Dies ist notwendig, da sich die Summen der Zahlungen in der aktuellen Form je nach
30 Bundesland deutlich unterscheiden, teils um mehr als 100 Prozent. Hilfebedarfe dürfen nicht
31 nach Wohnorten klassifiziert werden, sondern sollten für alle Menschen gleichermaßen
32 geleistet werden.

33
34 Dem Leitbild eines Abbaus von Diskriminierung und einer Förderung von Selbstbestimmtheit
35 folgend, sollten diese Hürden und Probleme schnellstmöglich abgebaut werden. Ein weiteres
36 Abwarten und Herausögern von Gerechtigkeit und Solidarität wäre nicht nachvollziehbar.

37
38
39

40 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:

41 Weitergeleitet an:

Antragsbereich D - Wirtschaft, Arbeit und Soziales

1 Antrag: D16
2
3 Antragssteller: Jusos Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesvorstand
6

7 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Umsetzung von Inklusion im Rahmen der Evaluation des KiFöGs mit betrachten**

10
11 Entsprechend des Koalitionsvertrages ist eine Evaluation des Kinderförderungsgesetzes bis
12 Ende 2017 vorgesehen. SPD-Landesvorstand und SPD-Landtagsfraktion werden
13 aufgefordert, sich im Rahmen dieser Evaluation dafür einzusetzen, dass insbesondere die
14 Umsetzung der Inklusion in den Einrichtungen, welche vom Kinderförderungsgesetz erfasst
15 werden, zu untersuchen und entsprechende Handlungsempfehlungen herzuleiten.
16

17 **Begründung:**

18
19 erfolgt mündlich
20
21
22
23

24 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
25 Weitergeleitet an:

26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53

1 Antrag: D17
2
3 Antragsteller*in: Hochschulgruppen Sachsen-Anhalt
4
5 Weiterleitung: Bundeskonferenz der Jusos
6

7 **Keine Diskriminierung an der Kasse! Tampons sind kein Luxus!**

8
9 Frauen* verdienen weniger als Männer. Der Equal Pay Day macht jedes Jahr im März darauf
10 aufmerksam. Doch zusätzlich zum statistisch magereren Geldbeutel müssen Frauen* für
11 viele alltägliche Produkte und Dienstleistungen deutlich mehr bezahlen als Männer.
12 Kosmetika, Rasierer, Reinigung, Friseur – all dies kostet durchschnittlich 17 - 40 % mehr in
13 der „Frauen-Variante“, wie eine Recherche der Verbraucherzentrale Hamburg von 2015
14 ergab. Dieser Aufschlag wird auch „pink tax“ genannt, auch wenn es sich hierbei um keine
15 Steuer im eigentlichen Sinn handelt, sondern um reine Willkür der Produzenten. In vielen
16 Fällen ist kein plausibler Grund für den erhöhten Preis erkennbar, außer einer anderen
17 Farbgestaltung. Durch den Kauf von Produkten für Männer lässt sich dies zum Teil
18 umgehen. Geschlechtsneutrale Produkte hingegen werden meist aber nur in teuren, anti-
19 allergenen Varianten verkauft, und die meisten in unserer Gesellschaft sozialisierten Frauen*
20 möchten nicht gerne nach mit Männern assoziierten Duftstoffen riechen, weshalb frau kaum
21 um den Griff nach dem teureren „Frauenprodukt“ herum kommt
22

23 Hinzu kommt die schwer durchschaubare Gesetzgebung bei der Mehrwertsteuer. Als diese
24 in ihrer heutigen Form 1968 eingeführt wurde, schuf man den ermäßigten Steuersatz, um
25 die Grundversorgung für Geringverdiener am Existenzminimum erschwinglich bleiben zu
26 lassen. Dieser sollte für „bestimmte Güter des lebensnotwendigen Bedarfs“ gelten, was aber
27 auch Sport, Kultur und öffentlichen Nahverkehr einschloss. Heute profitieren von dieser
28 Regelung eher einzelne Branchen als Geringverdiener, heute zahlt man auf Blumen oder
29 Kaviar 7% Mehrwertsteuer – auf Tampons dagegen 19 %.
30

31 Eine Frau, insbesondere eine geringverdienende, wird also ihr Leben lang mehr Ausgaben
32 haben als ein Mann in derselben Situation, denn selbst wenn sie bei den Rasierern noch
33 zwischen blau und pink wählen kann, am Kauf von Binden und Tampons kommt sie nicht
34 vorbei. Für diese Produkte arbeitet eine Frau in ihrem Leben laut einer britischen Studie im
35 Schnitt 38 Tage.
36

37 Wir fordern deshalb:

- 38
39 - ein Verbot von nicht begründbaren Preiszuschlägen auf Produkte für Frauen, für die es ein
40 ähnliches Männerprodukt gibt
41 - das Herabsetzen der Mehrwertsteuer für Binden und Tampons, damit Frauen nicht durch
42 die Mehrwertsteuer einer Mehrbelastung ausgesetzt sind. Damenhygieneartikel sind Waren
43 des täglichen Bedarfs und kein Luxusgut, deshalb dürfen sie nicht steuerlich wie ein solches
44 behandelt werden.
45
46
47
48

49 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
50 Weitergeleitet an

1 Antrag: 11

2
3

4 **Einheitliche geschlechtersensible Sprache im Beschlussbuch der Juso-LDK 2016**

5

6 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

7 Um im Beschlussbuch die einheitliche Verwendung geschlechtersensibler Sprache zu
8 garantieren, werden die Protokollant*innen der diesjährigen LDK mit großem Dank und
9 Respekt für die von ihnen geleistete Arbeit beauftragt, alle gefassten Beschlüsse so zu
10 überarbeiten, dass alle auf Geschlechter bezogenen Formulierungen durch konsequente
11 Verwendung des Gender-Star (*) gendersensibel angepasst werden. Hiervon nicht berührt
12 sind ohnedies grammatikalisch beanstandungsfreie Begrifflichkeiten (Delegierte,
13 Beschäftigte, Flüchtende) oder bewusst geschlechtsneutrale Formulierungen in zutreffenden
14 Kontexten (z.B. bei Studierenden, wenn sich die Bezeichnung auf das Studieren als Tätigkeit
15 bezieht).

16 Mit diesem Verfahren können über die weibliche und die männliche Form hinaus konsequent
17 auch Menschen in unsere Beschlüsse einbezogen werden, die sich keinem der beiden
18 (biologischen) Geschlechter eindeutig zuordnen können oder möchten. So können wir der
19 Vielfalt gesellschaftlichen Zusammenlebens bestmöglich gerecht werden.

20 Der Juso-Landesvorstand wird beauftragt, für folgende öffentlichkeitswirksame Beschlüsse,
21 insbesondere auf Landesdelegiertenkonferenzen, eine geschäftsordnungsadäquate
22 Dauerlösung dieses Komplexes zu erarbeiten.

23 Begründung:

24 erfolgt mündlich.

25
26
27
28
29

30
31 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:

32 Weitergeleitet an

Antragsbereich O - Organisation

1 Antrag: O1
2
3 Antragssteller: Jusos Stendal
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Trennung von Ministeramt und Abgeordnetenmandat**

10
11 Minister*innen mit Landtagsmandat werden grundsätzlich gebeten ihr Abgeordnetenmandat
12 mit ihrer Ernennung in das Kabinett zurückzugeben.
13

14 **Begründung:**

15
16 Wenn eine Person sowohl ein Abgeordnetenmandat als auch ein Ministeramt innehat, muss
17 sich das Kabinettsmitglied quasi selbst kontrollieren. Auch wenn das Grundgesetz es
18 ausdrücklich vorsieht, ist es sinnvoll Personen zu bestärken, die ihr Abgeordnetenmandat
19 zurückgeben, so wie es in der Legislaturperiode ab 2016 der Fall ist. Die SPD würde dann
20 mit mehr Personen in der Öffentlichkeit stehen. Außerdem können die Minister*innen
21 aufgrund ihrer Arbeitsbelastung ihr Abgeordnetenmandat nicht mit der gebotenen Kraft
22 ausfüllen.
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45

46 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:

47 Weitergeleitet an:

48
49
50
51
52
53
54
55

Antragsbereich O - Organisation

1 Antrag: O3
2
3 Antragssteller: Jusos Magdeburg, LAK GIN über Juso-Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundestagsabgeordnete, SPD-
6 Europaabgeordnete aus Sachsen-Anhalt
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

Die SPD – Dein HOTSPOT

11
12 Die Störerhaftung ist dabei in Deutschland endlich zu fallen. Dies ermöglicht es Wlan offen
13 und ohne Barrieren für Andere zugänglich zu machen und somit einen hürdelosen Zugang
14 unabhängig von Kosten oder Mobilfunkvertrag über mobile Geräte zu ermöglichen. Wir als
15 Jusos Sachsen-Anhalt begrüßen dies ausdrücklich und fordern unsere Bundes-, Landtags-
16 und Europaabgeordneten auf zu prüfen, inwieweit eine Einrichtung solcher freier Hotspots in
17 ihren Bürgerbüros möglich ist, sobald sichergestellt ist, dass durch die aktuelle
18 Gesetzesänderung auch tatsächlich keine negativen rechtlichen Konsequenzen jeglicher Art,
19 inklusive Abmahnungen, zu fürchten sind. Selbstverständlich ist hierbei entsprechend auf
20 Netz- und Datensicherheit zu achten.
21

Begründung:

22
23
24 Die mobile Nutzung des Internets, also außerhalb der eigenen vier Wände nimmt immer
25 weiter zu, während gleichzeitig die zu übertragenden Datenmengen in die Höhe schnellen.
26 Gleichzeitig ist aber auch ein enormer Nutzen aus einem freien Internetzugang zu ziehen,
27 sei es, um in unterschiedliche Sprachen zu übersetzen, als Konsument*in Preise zu
28 vergleichen oder sich über Produkte informieren zu können.
29

30 Mobilfunkverträge mit großem Datenvolumen sind oftmals aber sehr kostenintensiv. Daher
31 setzten sich schon länger unterschiedliche Initiativen dafür ein W-Lan Netzwerke öffentlich
32 und ohne Passwortsperrre zugänglich zu machen, selbstverständlich so, dass die eigene
33 Datensicherheit nicht beeinträchtigt wird. Nun da die Störerhaftung ihrem Ende entgegen
34 sieht, ist dies auch mit weitaus weniger rechtlichen Bedenken machbar.
35

36 Als SPD und Jusos stände es uns gut zu Gesicht hier an einem freien und für alle solidarisch
37 zugänglichem Netz mitzuwirken. Gleichzeitig besteht hier dann unter Umständen auch noch
38 ein entsprechender Werbe- und Sympathiefaktor für unsere Partei.
39
40
41
42
43

44 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
45 Weitergeleitet an:

Antragsbereich O - Organisation

1 Antrag O4
2
3 Antragssteller: LAK gegen Rechtsextremismus über Juso-Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag LSA zur Weitergabe an die SPD-
6 Landtagsfraktion
7

8 **Strategie zum Umgang mit der AFD in Sachsen-Anhalt**

9
10 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert eine Strategie bis nach der parlamentarischen
11 Sommerpause 2016, die sich mit dem Umgang mit der AFD in Sachsen-Anhalt beschäftigt.
12 Dabei sollen folgende Punkte berücksichtigt werden:
13

- 14 • Einheitliches, ablehnendes Auftreten gegenüber der AFD, ihren Anträgen,
15 Gesetzesentwürfen und Äußerungen. Dabei muss neben der inhaltlichen
16 Auseinandersetzung mit der AFD, weiterhin auf die Setzung von scharfer und klarer
17 Linie zwischen der AFD und der SPD geachtet werden.
- 18 • Öffentliche Auftritte, an denen auch die AFD teilnimmt, müssen wahrgenommen
19 werden. Nur so können rechtspopulistische/-extremistische, völkische oder
20 xenophobe Auftritte und Äußerungen entlarvt werden.
- 21 • Entwicklung von starken Argumentationsstrategien, um auch hier
22 rechtspopulistische/-extremistische, völkische oder xenophobe Auftritte und
23 Äußerungen der AFD aufzuzeigen.
- 24 • Erarbeitung von Alternativen und Lösungsvorschlägen, welche sich klar von der
25 rechtspopulistischen/-extremistischen Linie der AFD trennen und die Werte sowie
26 Freiheiten einer Sozialdemokratie beinhalten.

27 **Begründung:**

28
29
30 Damit die Ergebnisse der nächsten Landtagswahl 2021 anders ausfallen, müssen jetzt
31 rechtzeitig Strategien zum Umgang mit der AFD entwickelt werden. Es kann nicht sein das
32 eine rechtspopulistische/-extremistische Partei nochmals die Chance bekommt unsere
33 Regierung und Demokratie mitzugestalten. Daher ist es wichtig, dass die SPD eine Leitlinie
34 erarbeitet um gegen Auftritte, Äußerungen sowie Gesetzesentwürfe der AFD einheitlich
35 vorzugehen.
36
37
38
39
40
41

42 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
43 Weitergeleitet an:

Antragsbereich O - Organisation

1 Antrag: O5
2
3 Antragssteller: Jusos Halle, LAK GIN über Juso-Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: Jusos-Bundeskongress zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag,
6 SPD Bundesvorstand, SPD-Landesvorstand und AG Selbst Aktiv
7

8 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 **Barrierefreiheit innerhalb der SPD-Partei-Organisation**

11
12 Wir fordern die SPD auf, in folgenden Bereichen die Teilhabe von Menschen mit
13 Behinderung zu gewährleisten und den momentanen Stand der Barrierefreiheit zu
14 überprüfen:

- 15
- 16 • bei Veranstaltungen
- 17 • Ausstattung der SPD Geschäftsstellen
- 18 • Zugang zu Informationen (z.B. Internetauftritt, Parteiprogramm)
- 19

20 **Begründung:**

21
22 Unter Barrierefreiheit verstehen wir,

23
24 dass der Beitritt in die SPD, sowohl schriftlich als auch online, barrierefrei erfolgen kann (z.B.
25 durch Verwendung der Leichten Sprache, Einsatz von Audiomitteln und Bildern).

26 dass Menschen mit körperlicher Einschränkung ausreichend Zugang zu Informationsmaterial
27 erhalten und Zugang zu Tagungsorten.

28 Dass, Tagungszeiten sich an den Rhythmus von Familien, Menschen mit psychischer und
29 seelischer Belastung anpassen, um Kinderbetreuung und sichere Heimwege bei Tageslicht
30 zu ermöglichen – sofern dies von den eben Genannten gewünscht ist.

31 Dass das SPD-Grundsatzprogramm sowie weitere schriftliche Materialien in Leichte Sprache
32 übertragen werden.

33
34
35
36
37
38 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:

39 Weitergeleitet an:
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55

Antragsbereich O - Organisation

1 Antrag: O6
2
3 Antragssteller: Jusos Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesvorstand, SPD-Landesparteitag
6

7 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Benennung einer/eines Mitgliederbeauftragten auf Landesebene**

10
11 Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert, aus seinen Reihen eine/n
12 Mitgliederbeauftragte/n für die SPD Sachsen-Anhalt zu benennen.
13

14 **Begründung:**

15
16 Bezugnehmend auf einen Beschluss des Parteivorstands der Bundes SPD vom 26.03.2012
17 zu den Grundsätzen für die Arbeit der Mitgliederbeauftragten sind für alle Ebenen
18 Mitgliederbeauftragte zu benennen.

19 Dort werden u.a. folgende Aufgaben für eine/ einen Mitgliederbeauftragte/n auf Landesebene
20 benannt:

- 21
- 22 • Umsetzung und Sicherstellung der Standards für Mitgliederbindung -betreuung und -
 - 23 rückholung in den Gliederungen
 - 24 • Durchführung jährliches Treffen der Mitgliederbeauftragten der Kreis- und
 - 25 Stadtverbände
 - 26 • jährlicher Mitgliederbericht über Mitgliederentwicklung und Aktivitäten, Projekte,
 - 27 Kampagnen etc. des Landesverbands/Bezirks
 - 28 • Entwicklung von Konzepten und Strategien zur Verbesserung der
 - 29 Mitgliederentwicklung und der gezielten Mitgliederwerbung in ihrem
 - 30 Zuständigkeitsbereich
 - 31 • Sicherstellung von Schulungsangeboten
- 32

33
34 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
35 Weitergeleitet an:
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55

Antragsbereich O - Organisation

1 Antrag: O7

2

3 Antragssteller: Juso Hochschulgruppen

4

5

Inhalte statt Autoritäten - Begrenzung der Grußworte

6

7 Auf Konferenzen und Treffen soll die Debatte um die inhaltliche Ausrichtung des
8 Verbandes die Hauptsache sein. Doch die eigentlich so wichtige Antragsberatung wird
9 immer wieder durch Grußworte mehr oder weniger berühmter
10 sozialdemokratischer Persönlichkeiten unterbrochen. Für die einen ist dies eine gute
11 Gelegenheit für eine etwas ausgedehntere Raucher*innenpause, die anderen sehen die
12 Abendgestaltung in weitere Ferne rücken. Die für Grußworte „verredete“ Zeit entspricht nicht
13 selten ungefähr der, die für die Anträge, die am Ende nicht mehr besprochen
14 werden können, nötig gewesen wäre. Deshalb fordern wir eine Begrenzung der Grußworte
15 auf maximal 1 pro Tagungstag.

16

Begründung:

17

18 Erfolgt mündlich

19

20

21

22

23

24

25

Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:

26

Weitergeleitet an:

27

Antragsbereich O - Organisation

1 Antrag: O10
2
3 Antragssteller: Jusos Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: Bundesparteitag, SPD-Bundesvorstand, Landesparteitag zur
6 Weiterleitung an den Bundesparteitag, Bundeskongress zur
7 Weiterleitung an den Bundesparteitag, SPD Konvent
8

9 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

10 **Urwahl der/des Kanzlerkandidat*in**

11
12
13 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird ihre Kanzlerkandidatin oder ihren
14 Kanzlerkandidaten zur nächsten Bundestagswahl per Urwahl nach §13 Absatz 1 des
15 Organisationsstatuts der SPD bestimmen, insofern mehr als ein SPD-Mitglied kandidieren
16 möchte.

17 **Begründung:**

18
19
20 Mehr Mitbestimmungsrechte der Basis bei den tiefgreifenden Entscheidungen der Partei ist
21 ein alter Wunsch in der SPD. Mit dem Mitgliedervotum zum Koalitionsvertrag ist die SPD
22 einen Schritt in die richtige Richtung gegangen. In den letzten Jahren wurden ebenfalls
23 mehrere Spitzenkandidaturen der SPD zu Landtagswahlen per Urwahl entschieden. Mit
24 einer Urwahl zur Bundestagswahl würde die SPD das Versprechen des aktuellen (Stand Juni
25 2016) Bundesvorsitzenden nach mehr Basisdemokratie entsprechen.
26
27
28
29
30

31 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
32 Weitergeleitet an:
33
